

**Reader zum
bundesweiten 1. Treffen
der lokalen Sozialforen**

27.- 29. Januar 2006 in Bremen



Inhaltsverzeichnis

Einladung	3
Welche kommen?.....	4
Übernachtung.....	4
Ort und Anfahrt.....	4
Vorschlag zum Ablauf.....	5
Berlin.....	6
Leitlinien der Zusammenarbeit im Social Forum Berlin.....	6
Was ist das SFB: Raum oder Bewegung?.....	7
Bochum.....	13
Pressemitteilung zum 2. Bochumer Sozialforum (2004).....	13
Aufruf zum dritten Bochumer Sozialforum.....	15
Programm des dritten Bochumer Sozialforums 17./18.02.2006.....	16
Bremen.....	18
Flugi zum 1. Bremer Sozialforum.....	18
Programm des 1. Bremer Sozialforums, 17.-19. Juni 2005.....	20
taz-Artikel zum 1. Bremer Sozialform.....	22
Bericht vom 1. Bremer Sozialforum (17.-19. Juni 2005).....	23
Dortmund.....	25
Wer wir sind und was wir wollen.....	25
Arbeitsgruppen.....	26
Mainz.....	27
Gründe für ein Sozialforum.....	30
Was ist ein Sozialforum?.....	33
Saar.....	35
Allgemeiner Brief.....	35
Flugblatt.....	37
Schweinfurt.....	39
Forum für soziale Gerechtigkeit in Schweinfurt gegründet!.....	39
Plenum am 29.11.2005, DGB-Haus	40
Westmecklenburg.....	43
Flugblatt/Programm.....	43
Einleitungsrede auf dem Regionalen Sozialforum am 23. 4. 2005 in Schwerin.....	45
Protokoll des Workshops vom 22.07.05 in Erfurt: Die Entwicklung der lokalen Sozialforen – eine Zwischenbilanz.....	47
Europäische Vernetzung der lokalen Sozialforen.....	51
Regionale Euroforen für ein Europa von unten.....	52
Weblinks & weitere Infos.....	54
Verzeichnis der lokalen Sozialforen in Deutschland.....	54
Mailingliste der lokalen Sozialforen.....	54
Socialforum Berlin.....	54
Sozialforum Bochum.....	54
Sozialforum Bremen.....	54
Sozialforum Dortmund.....	54
Sozialforum Mainz.....	54
Sozialforum Saar.....	54
Forum für soziale Gerechtigkeit Schweinfurt.....	54
Wuppertaler Sozialforum.....	54
Sozialforum in Deutschland.....	54
Europäisches Sozialforum	54
Weltsozialforum.....	54



Einladung

Bundesweites 1. Treffen der lokalen Sozialforen

27.- 29. Januar 2006 in Bremen

Nachdem die Weltsozialforen in Mumbai und Porto Alegre zu einem wichtigen Kristallisationspunkt der globalisierungskritischen Bewegung geworden sind,

folgten kontinentale, nationale, regionale und auch lokale Foren.

In Deutschland gibt es ca. 50 lokale Sozialforen. Sie sind unterschiedlich organisiert: einige mit regelmäßigen Plena, andere als jährliches Event. Viele verstehen sich im Sinne der Charta von Porto Alegre als offener Raum. Andere treten auch als Akteur auf und organisieren Aktionen: die Proteste gegen Hartz IV wurden auch maßgeblich von Sozialforen getragen. Nach dem Abflauen dieser Proteste stellt sich die Frage:

Wie weiter?

- Geht es darum, die Sozialforen inhaltlich und politisch weiter zuzuspitzen, um zu pointierteren Aktionen zu kommen?
- Oder geht es darum, mit Hilfe des Open-Space-Konzeptes die neoliberale Hegemonie für eine größere Bandbreite gesellschaftlicher Kräfte, Initiativen und Organisationen diskutierbar zu machen? Oder vielleicht sogar beides?
- Können wir auf den Sozialforen selbst bereits mögliche Inhalte und Formen „einer anderen Welt“ vorwegnehmen? Können wir neben der Makroebene der großen Debatten und Aktionen auch die Mikroebene der Gestaltung von Alltag und sozialen Netzen ins Blickfeld rücken?
- Sollen die lokalen Sozialforen stärker beim „Sozialforum in Deutschland“ mitwirken? Oder sich eher im Sinne einer Glokalisierung (global denken, lokal handeln) auf die lokalen Brennpunkte und regionale Foren konzentrieren?

Das Treffen der lokalen Sozialforen soll mit einem Erfahrungsaustausch der lokalen Sozialforen beginnen, um dann die sich ergebenden Fragen (obige Fragen als Anregung) zu diskutieren und Ideen für die zukünftige Praxis zu entwickeln. Da, wo es verschiedene Ansätze gibt, könnten sie klar zugespitzt und für eine weitere Diskussion benannt werden, um eine gegenseitige kritische Begleitung (Evaluation) zu ermöglichen. Alles natürlich unter dem die Bewegung auszeichnenden Konsensprinzip, das das Gemeinsame hervorhebt, d.h. keine Abstimmungen und Abschlussresolutionen, sondern eher ein Reader mit den vielfältigen Ergebnissen.

Welche kommen?

Das Treffen ist gedacht für die in lokalen Sozialforen Aktiven und solche, die es werden wollen.

Angemeldet sind ca. 25 Menschen von 11 lokalen Sozialforen: Berlin, Bochum, Bremen, Dortmund, Heidelberg, Mainz, Saarland, Schweinfurt, Westmecklenburg/Schwerin, Stuttgart, Wuppertal, sowie je ein Vertreter der regionalen EU-Foren und der AG Kommunikation des Sozialforums in Deutschland.

Dass aus einigen teilnehmenden Städten kein Material in diesem Reader zu finden ist, liegt daran, dass wir nichts erhalten haben, aber wir haben ja alle Chancen, dass es einen nächsten Reader geben wird.

Übernachtung

Jugendherberge: Preis ca. 20 Euro pro Nacht,

<http://www.jugendherberge.de/jh/bremen/>

Schlafplatz in WG o. Sammelunterkunft (für die, die das angemeldet haben): Schlafsack/Isomatte bitte mitbringen

Ort und Anfahrt

Bauernstr. 2, 28203 Bremen, Tel. 0421/706616

Anfahrt ab Bremen Hauptbahnhof: mit der Linie 10 bis Haltestelle Sielwall. Dann entgegen der Fahrtrichtung der Staßenbahn zurückgehen, die Ampelkreuzung überqueren, und die erste Straße rechts ist die Bauernstr. Die Nr. 2 ist das zweite Haus rechts.



www.lokale-sozialforen.de

Email: orga@lokale-sozialforen.de

Vorschlag zum Ablauf

Die **Themen** wurden in einer Mittagspausen-Diskussion mit ca. 10 lokalen Sozialforen am 19.11.2005 in Frankfurt am Rande der „Versammlung der sozialen Bewegungen“ gefunden.

Fr. 27.01.	19h	Auftakt-Plenum: kurze Vorstellungsrunde Fragen/andere Vorstellungen zum Ablauf des Treffens
	19.45h	Erfahrungsaustausch der lokalen Sozialforen
	22h	Schlafplatz-Verteilung Kultur / Film ...
Sa. 28.01.	10h	Gemeinsames Frühstück
	11h	Kleingruppen zu Themen vom Vortag, insbesondere „welche Formen und Konzeptionen für lokalen Sozialforen sind sinnvoll/haben sich wie bewährt?“
	14h	Essen und Entspannung/Sport
	15h	Ergebnisaustausch der Kleingruppen und Diskussion
	18h	Kochen, Essen und Entspannung/Sport
	20h	Themenbezogene Kleingruppen: Welche inhaltlichen Ideen gibt es für lokale Sozialforen? (u.a. Aktionen zur WM 2006, EU-Verfassung, Beteiligungshaushalt,...)
	22h	Plenum dazu
	23h	Kultur / Film ...
So. 29.01.	10h	Gemeinsames Frühstück
	11h	Kleingruppen „wie sieht das Verhältnis zum Sozialforum in Deutschland und zur Vernetzung der europäischen Sozialforen aus?“
	12h	Plenum dazu Klärung der weiteren Vernetzung der lokalen Sozialforen (nächstes Treffen in Heidelberg? Koordinierung der Vernetzung rotiert mit dem Ort des Treffens?)
	13.30h	Essen
	14h	Abschlussplenum

In Kleingruppen mit ca. 10 Menschen können sich alle TeilnehmerINNEN öfter und wegen der überschaubaren Gruppengröße wohl auch freier und spontaner einbringen. Im Plenum kommt es dann „nur“ noch zu einem Austausch der Diskussion auf einem von Anfang an recht hohen Niveau. Der Übergang von den Kleingruppen zum Plenum ist deshalb ein gewisser Bruch in der Atmosphäre. Um die Diskussion auf dem Plenum voranzubringen und sich gleichzeitig darauf einzustellen, könnten die Kleingruppen Wandzeitungen mit ihren Diskussionsergebnissen (stichwortartig) verfassen und sich fragen, welche These/Frage sie gerne auf dem Plenum diskutieren würden => Kürzest-Bericht und Diskussion auf dem Plenum.

Berlin

Leitlinien der Zusammenarbeit im Social Forum Berlin

Globalisierung - das ist kein Gespenst, das umgeht, sondern knallharte Realität. Dahinter verbirgt sich die weltweite Jagd der großen Konzerne, Banken etc. nach maximalen Profit. Die herrschende neoliberale Politik dient dazu, diese Jagd möglichst erfolgreich zu gestalten. Die Folge ist eine erneute Verschärfung von Ausbeutung und Verelendung, sind neue Kriege. Dagegen wirkt eine internationale Bewegung, die zwei wichtige Elemente einer neuen Form von Politik vereint.



Im Kampf für soziale, gerechte und demokratische Gesellschaften für alle Menschen - Seattle, Davos, Prag oder Genua stehen hierfür als Beispiel -, vernetzt sie sich selbst zum internationalen Projekt einer emanzipatorischen Form der Globalisierung. In der Form der Zusammenarbeit entwickelt sie Strukturen nicht-hierarchischer Netzwerke gleichberechtigter Gruppen und Personen. In Europa hat das Genua Social Forum gegen den G8-Gipfel sowie das Europäische Social Forum in Florenz erfolgreich in dieser Form zusammen gearbeitet.

Wir wollen hier in Berlin mit einem lokalen Social Forum - wie sie bereits in vielen Städten Italiens und weiterer europäischer Staaten existieren - diesen positiven Ansatz auch für unsere politische Arbeit nutzen, um von der Dynamik dieses Prozesses lokal zu profitieren und ihn gleichzeitig durch eine kontinuierliche Arbeit vor Ort zu bestärken.

Im Wissen um die globale Dimension des Neoliberalismus ist unser Ziel, vor Ort die emanzipatorischen politischen Kräfte gegen die unsoziale Kahlschlagpolitik des Berliner Senats zu stärken.

In Anlehnung an zentrale Elemente der "Charta of Principles" des WSF von Porto Alegre formulieren wir daher die folgenden Leitlinien als Basis unserer politischen Zusammenarbeit.

Leitlinien

- 1. Ein Netzwerk knüpfen.** Ausgehend von den positiven Erfahrungen nicht-hierarchischer Zusammenarbeit wollen wir die Idee eines politischen Netzwerks in die Praxis umsetzen. Das Social Forum Berlin versteht sich als öffentlicher und offener politischer Raum. Das Social Forum leistet Koordination und versucht, die Initiativen der einzelnen Gruppen zu unterstützen, deren Inhalte zu verbreiten und praktische Aktionen zu fördern. Es versucht weitere politische Gruppen, Initiativen von Betroffenen und Einzelpersonen in diesen Prozess einzubinden. Wenn alle Beteiligten durch den politischen Prozess des Sozialforums an Mut und Kraft gewinnen, dem gesellschaftlichen Protest in unserer Stadt mehr Durchsetzungskraft zu verleihen, kann das SF dazu beitragen, die resignative Stimmung zu durchbrechen, und der Zerstörung des Sozialen durch den Senat wirksamen Widerstand entgegen zu setzen.
- 2. Aufeinander beziehen.** Wir wollen im SF keine vorschnelle Vereinheitlichung, die auch immer Ausgrenzung bedeuten kann. Sondern wir schlagen vor, dass sich die beteiligten Gruppen und Personen politisch -und menschlich - untereinander in Beziehung setzen. Sich gegenseitig zu informieren, für jeweils geplante Aktivitäten zu mobilisieren, ist nur ein Aspekt der Zusammenarbeit. Auf dieser Basis wollen wir auch eine von gegenseitigem Respekt getragenen politische Streitkultur, die inhaltliche Auseinandersetzung als produktiven Prozess. Denn ganz entscheidend ist, dass wir aus unseren verschiedenen Erfahrungen

3. **Voneinander lernen.** Wir wollen mit dem SF einen Prozess ermöglichen, in dem wir nicht nur unsere Analysen der konkreten Politik miteinander diskutieren; vielmehr wollen wir Erfahrungen austauschen, unsere Handlungsmöglichkeiten erweitern, gemeinsam unsere jeweilige Praxis überprüfen und dadurch unsere jeweiligen politischen Positionen so schärfen, dass es uns gemeinsam gelingt, an einigen entscheidenden Punkten überzeugende Alternativen zur herrschenden Politik aufzuzeigen.
4. **Solidarität praktisch verwirklichen.** Wir helfen, den politischen Konflikt mit der herrschenden Politik von Kapital, Bundesregierung und Berliner Senat offensiv zu artikulieren; und indem wir den Konflikt gezielt in die Stadt tragen, arbeiten wir auch an der Rückeroberung des öffentlichen Raums als Raum für die Menschen. Dazu ist es notwendig, dass wir die gesamte Breite unserer Erfahrungen und Aktionsmöglichkeiten respektieren. Wir werden mit Aktionen der teilnehmenden Gruppen und Personen solidarisch sein, auch wenn wir an manchen inhaltlichen Punkten Differenzen haben. Deshalb werden wir uns nicht in einen "guten" und einen "bösen" Protest spalten lassen, schon gar nicht von denen, die Krieg schon mehr als einmal zum Mittel der deutschen Außenpolitik gemacht haben. Wut, Witz und Widerstand gibt unserem Protest die Kraft, die bleierne Stimmung der Entmutigung in Berlin zu überwinden.
5. **Gegen rechte "Globalisierungskritik". Für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, gleiche Rechte für alle Menschen in ihrer Verschiedenheit, Solidarität.** Wir sind der Überzeugung, dass wir unsere politische Uneinheitlichkeit in dem angestrebten Prozess produktiv und kreativ nutzen können. Daher sollen unsere Leitlinien auch nicht auf die Formulierung eines politischen Programms zielen, sondern auf die Formen der Zusammenarbeit zur Entwicklung einer vielgestaltigen emanzipatorischen Kraft. Doch die Gemeinsamkeit unserer politischen Orientierung beinhaltet die Gegnerschaft zu einer national bornierten Kritik der Globalisierung. Wer sogenannte "deutsche Interessen" oder den Reichtum der "Festung Europa" verteidigen will, rassistische, antisemitische oder sexistische Inhalte vertritt, ist unser politischer Gegner. Dagegen sind alle, die sich hier vor Ort für eine Politik sozialer Gleichheit und Sicherheit, Herstellung von Chancengleichheit für Benachteiligte und Solidarität mit der Überzeugung einsetzen, dass dies auch international unsere Ziele sein müssen, eingeladen, sich in diesen politischen Prozess einzubringen.

Impulsreferat für den Strategiekongress des Sozialforums

Was ist das SFB: Raum oder Bewegung?

1. Wir halten das Konzept des Raumes für das im SFB machbare und politisch sinnvolle Konzept.

Warum? Von der Idee her ist der Raum horizontal, gleichberechtigt strukturiert. Er ermöglicht das Zusammenkommen, den Austausch und Streit verschiedenster Gruppen und Individuen, ohne dass eine die Majorität über die andere in diesem Raum erlangt, da die Idee des Raums nicht einhergeht mit einem notwendigen Konsens über gemeinsame Erklärungen, Aktionen oder Bewegungsbildung. Das haben wir ja auch in den letzten Monaten schon z. T. selbst erfahren: bisher halten es linke Feministinnen und patriarchal-machtpolitisch orientierte Männer miteinander leidlich aus, bisher reden gewerkschaftlich Orientierte auch noch mit denen, die auf die Gewerkschaften als antagonistische Kraft keinen Pfifferling mehr geben. Sie halten dies deshalb aus, weil sie ein Moment der politischen Analyse teilen: dass gesellschaftliche Umbrüche im Gang sind, die einer erneuerten politischen Praxis, Organisierung und Reflexion bedürfen, die keine von uns alleine (wir meinen die einzelnen Kräfte) in der Lage sind zu leisten.

Denn die massiven gesellschaftlichen Umbrüche verlaufen entlang unterschiedlicher Spaltungslinien, werden durchgesetzt durch verschiedene Mechanismen von ideologischer und materieller Einbindung

und Ausgrenzung und finden in einem globalen Kontext statt, in dem das politische Gegenüber (der Nationalstaat), die politischen und ökonomischen Eliten neue Formen annehmen.

Die stattfindende „Zerklüftung des Sozialen“ und der „Strukturwandel des Politischen“ fordert von uns (der radikalen Linken) geradezu ein Umdenken von politischer Praxis:

- ein praktisches Reflektieren darüber, wo wir politisch ansetzen können
- wie wir die Vielfalt von neuen und alten Widersprüche politisch wenden oder emanzipatorisch zuspitzen können,
- wie Konzepte von Solidarität und Gerechtigkeit praktisch neu gefüllt werden können
- von wo aus wir also neue Horizonte aufmachen müssen (und können).

Wir sollten uns erst einmal kurz einige wesentliche Momente der gesellschaftspolitischen Situation vor Augen führen:

a) Die Krise des den gesamten Globus umfassenden kapitalistischen Systems erreicht jetzt auch die Herrschafts-Zentren. Zentrum verstehen wir hier in einem doppelten Sinne. Denn die kapitalistische Krise umfasst nicht nur geografisch die Zentren (also beispielsweise die europäischen Staaten) sondern auch in diesen geografischen Zentren werden diejenigen von der Krise/den Umbrüchen erfasst (und sind gemeint), die bisher durch den „Klassenkompromiss“ des fordistischen Sozialstaats als Teil des Zentrums integriert/befriedet wurden.

Nachdem über Jahrzehnte die Peripherie einer ungeheuren Verelendung und Umstrukturierung durch die multinationalen Konzerne und die mit ihr verbandelten Regierungen unterworfen war, werden jetzt die dort fürs Kapital erfolgreich angewandten Rezepturen auf die Metropolen angewandt: Deregulierung, Zurückdrängen der staatlichen Wirtschaftslenkung, Privatisierung öffentlicher Güter, und Zurichtung breiter Bevölkerungskreise unter das Diktat der tauschwertproduzierender Ökonomien. Die Folgen sind bekannt: Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Güter mit dem Effekt des Ausschlusses großer Bevölkerungsteile, beschleunigtes Anwachsen des informellen Sektors mit der Folge Ausschluss von sozialen Sicherungssystemen, innerstaatliche Repression insbesondere gegenüber MigrantInnen, Sozi-EmpfängerInnen, ArbeitsverweigerInnen – den sogenannten Überflüssigen. Klar ist, dass sich in den verschiedenen Regionen und unterschiedlichen Schichten diese Gesellschaftskrise völlig verschieden auswirkt und sie völlig unterschiedlich durchgesetzt wird. Insofern sind die Prozesse in den trikontinentalen Regionen - riesige Migrationsströme, Landflucht, ökologische Verelendung, Megastädte, staatliche und nicht-staatliche Kriege und darin sich zuspitzende Geschlechterverhältnisse, und gleichzeitig eben auch z. T. eine breiter werdende besitzende Mittelschicht – schwer mit den hiesigen Prozessen zu vergleichen. Dennoch sind es zum Teil ähnliche Phänomene der Weltmarktintegration und sozialen Desintegration.

b) Für die großen multinationalen Konzerne ist das Wort Krise zumeist nur eine vorübergehende Erscheinung, welche ihnen höchstens für zwei, drei Bilanzperioden die Profitrate verhaselt, von der sie sich aber in der Regel sehr schnell durch Rationalisierung und weitere Konzentrationsprozesse wieder erholen. Und sie haben eine ungeheure mächtige Lobby auf ihrer Seite: WTO, IWF, OECD, usw. Und wenn das alles nicht hilft setzen sie ihre staatliche oder eben auch private Militärmacht ein. Trefflich brachte das vor Jahren der US-Amerikanischer Regierungsberater Friedman auf den Punkt: „Mc. Donnalds ist ohne Mc. Donnell nicht zu haben.“

Die deutschen Multis können sich auf dem Weltmarkt wunderbar behaupten. Sie expandieren aber eben nicht mehr in der BRD. Als Produktionsstandort ist die BRD für die Multis zunehmend unwichtiger.

Was derzeit Schröder, Stoiber und Konsorten versuchen liegt auf der Hand: eine breite Lohnsenkung und Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen mit der Folge der Verschärfung alter Gesellschaftsspaltungen und Ausbildung neuer Spaltungen (die „Zerklüftung des Sozialen“). Das aus den USA abgekupferten Workfare-Programm soll die Arbeitslosenstatistik verschönern. Gleichzeitig sollen die nicht vernutzbaren Millionenheere als Working-poor ihr Über-Leben selbst organisieren oder eben verrecken. Sie organisieren bewusst den gesellschaftlichen Ausschluss der ärmeren „un-nützen Esser“.

c) Im Zeitalter des Postfordismus wäre angesichts der global organisierten Konkurrenz, indem nicht nur die Wirtschaft sondern auch das bundesdeutsche Gesellschaftsmodell steht, ein Zurück zum fordistischen Wohlfahrtsstaat illusionär. Und wir sollten, wenn wir zukünftig den „Sozialabbau“, den „sozialen Kahlschlag“ etc kritisieren, immer auf den globalen Zusammenhang hinweisen. Sonst machen wir uns unglaubwürdig und kreieren falsche Hoffnung hinsichtlich einer nationalstaatlichen Lösung der Krise.

Es wäre aber nicht nur illusionär, sondern politisch auch schlichtweg katastrophal, eine Lösung nahe zu legen, die wir – und viele andere - aus gutem Grund über Jahrzehnte hinweg, aus vielerlei Gründen, für höchst kritikwürdig gehalten haben: Der fordistische Wohlfahrtsstaat ist immer schon Teil eines globalen Ausbeutungszusammenhangs gewesen, der überhaupt diese historische Form des Klassenkompromisses möglich gemacht hat.

Er basierte auf einem Fortschrittsmodell, dessen ökologische Folgen sich im globalen Maßstab zeigen. Er basierte auf einem patriarchal dominierten Gesellschafts- und Geschlechtermodell. Und last but not least, der fordistische Staat war fixiert auf die Erwerbsarbeit und darüber lief die gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Was natürlich all diejenigen ausschloss, die sich diesem Modell verweigerten.

Die politische Situation hat sich also grundlegend verändert. Geändert hat sich aber auch der Kreis der politischen Subjekte, die dagegen radikal opponieren. Gewandelt haben sich ebenso die Formen der politischen Artikulation und Organisation. Parteien und Gewerkschaften spielen dabei eher eine Nebenrolle.

2. Wer sind wir? Wen repräsentieren wir?

Aus dieser gesellschaftlichen Situation heraus und mit nicht vielen politischen Antworten ausgestattet versucht das SFB eine andere Kraft zu entwickeln. Bisher setzt sich das SFB aus Individuen zusammen, die aus verschiedenen politischen Initiativen kommen. Das politische Spektrum umfasst einen Grossteil der überhaupt noch existenten kleinen Linken Berlins. Und das ist gut so.

Alle haben den Willen, endlich was in dieser Stadt in Bewegung zu bringen – ob gegen die rot-rote Regierung, gegen die Große Koalition im Reichstag oder aber auch gegen einen gesellschaftlichen Zustand der politischen Resignation und Alternativlosigkeit.

Aber außer diesen Willen haben wir bisher wenig zu bieten.

Obwohl besonders gerne unsere trotzistisch angehauchte Ecke immer wieder die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse ins Spiel bringt oder es auch einzelne VertreterInnen aus Sozialprojekten (die aus einer politischen Bewegungskultur erkämpft wurden, die es heute eben so gar nicht mehr gibt) unter uns sind – wir repräsentieren nichts aber auch gar nichts!

Jede einzelne von uns weiß nur zu gut, wie ungeheuer schwer es ist, die von der Krise am stärksten Betroffenen zu mobilisieren, gar zu einer Mitarbeit im SFB zu motivieren. Keine/r von uns hat überzeugende Antworten auf diese Dilemma. Kein/r von uns hat überzeugende Alternativen auf die oben skizzierte Krise parat.

Wir müssen lernen, das Neue neu zu denken. Über eine längere Periode werden die verschiedensten

Ansätze und Ziele miteinander im Wettstreit stehen. Und das geht nur in einem Raum, der diesen gleichberechtigten Wettstreit ermöglicht, ohne das alle schreiend davonlaufen. Und was auch nicht so einfach sein wird: Der Raum wird keine politische vereinheitlichende Erklärung abgeben!

3. Die Idee des Raums

Wir brauchen einen offenen Raum, indem debattiert, reflektiert, geträumt wird. Wir wollen einen Raum schaffen für die verschiedensten oppositionellen Menschen (außer den Rechten natürlich), damit die sich mit anderen zusammentun, sich gegenseitig verstärken können, neue Denkansätze entwickeln können und letztlich den Mut gewinnen, politisch zu handeln.

Der Raum hat idealtypischerweise eine kooperative Struktur. Jede Hierarchie wird die gleichberechtigte, horizontale Kommunikations- und Handlungsstruktur untergraben – und wir sehen das schon aktuell. Gesellschaftliche Hierarchien, die sich eben auch ins Sozialforum hinein verlängern, verhindern offene Diskussionen um gesellschaftspolitische Analysen, die über die vermeintlich klare Tagespolitik hinausgehen, machtpolitisch geprägtes Verhalten verhindert, dass sich aus dem Sozialforum heraus unterschiedliche Akteure mit verschiedenen Ansatzpunkten entwickeln können und sich ein breiteres – und produktiveres – Bild sozial-politischer Opposition formieren kann.

Sicher, Entscheidungsfindungsprozesse sind im offenen Raum äußerst langwierig und schwierig zu gestalten.

Vielleicht ist dies ein Grund, warum wir bisher wenig über die Ursprungsidee hinausgekommen sind. Wir haben weder den Raum mit einer notwendigen Struktur versehen, noch haben wir es geschafft, wirklich ein breites Spektrum zu animieren, im SFB mitzumachen. Mehr oder weniger sind wir unter uns geblieben.

4. Die politische Bewegung

Die Idee einer Bewegung funktioniert anders als der Raum: „Sie formuliert Strategien und Aktionsprogramme, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen, und sie verteilt Verantwortlichkeiten unter den Aktiven, darunter fällt auch die Führung der Bewegung“ (Francisco Whitaker, SoZ 11/2003).

Eine Bewegung ist also etwas ganz anderes als der Raum. Sie ist viel zielgerichteter, sie hat wesentlich mehr Eigendynamiken und sie ist auch politisch deutlich mehr von außen angreifbarer (oder einbindbar), vor allem dann, wenn sie erfolgreich wird.

Aus Bewegungen bilden sich Führungseliquen heraus, offene oder informelle Kader bestimmen das politische Erscheinungsbild. Sicherlich, auf den ersten Blick scheint eine Bewegung im Vergleich zum Raum ein wesentlich effektvolleres Instrument der politischen Intervention zu sein. Aber das wird erkaufte mit einem Homogenisierungs- und Hierarchisierungsprozess nach innen. Besonders dann, wenn die Bewegung politische Aufmerksamkeit durch die Medien oder gar den Gegner erfährt. Und nicht zuletzt eröffnet eine Bewegung den politischen Selbstdarstellern, den Machthungrigen unter uns große Chancen; was wiederum Gegenreaktionen auslösen kann, die alles blockieren.

Eine Bewegung ist erst dann eine produktive Kraft und Bewegung im emanzipatorischen Sinne, wenn sie vielfältig in ihrer Aktionsformen, in ihren Aktionszielen ist und wenn sie es schafft, ganz viele Verschiedene zu vereinen, ohne dass unbedingt jede sich bewusst ist, dieser Bewegung anzugehören. Eine wirkliche Bewegung hat eine Ausstrahlung, die weit über das Feld der unmittelbaren AktivistInnen hinausgeht, wenn sie sich mit anderen Bewegungen überlappt oder aber andere anstachelt. Eine solche Bewegung lässt sich auch nicht auf wenige politische Programmpunkte reduzieren, sondern ist bunt, schillernd, ätzend, harmonisch zugleich.

Genau so eine Bewegung lässt sich nicht künstlich vom Zaune reißen und auch nicht herbeireden son-

dem allerhöchsten können wir ihr den Weg bereiten, die Bahnen legen, auf der sie läuft – mehr nicht!

5. ApO und Raum - vertagen die sich?

Viele von uns erträumen sich ja die Wiederauferstehung einer großen ApO. Das aus der jetzt sich vielleicht formierenden Bewegung eine starke außerparlamentarische Opposition wird, von der die Herrschenden erzittern. Also wir Teil einer neuen Gegenmacht werden.

Das birgt einige Risiken in sich. Aber darüber möchten wir jetzt nicht sprechen. Sondern mehr darüber ob sich Bewegung/ApO und Raum mit einander vertragen.

Es wird ziemlich schwer sein eine horizontale Willensbildung und eine kooperative Kommunikationsstruktur, wie sie im Raum ausgeprägt ist, mit einer eher hierarchischen der Bewegung zusammen zu bringen.

Dafür müssen wir für den Raum klarere Strukturen schaffen. Wir müssen den Raum so stark machen, dass er mindestens ein Gegengewicht gegen die formellen und informellen Hierarchien der Bewegung darstellt.

Dazu ist es auch erforderlich, dass wir die verschiedenen Meinungen, ja auch das Chaos des Raums produktiv nutzen. Indem wir lernen, dass in dieser Verschiedenheit unsere eigentliche Stärke liegt. Indem wir lernen, uns gegenseitig in unserer Andersartigkeit ernst zu nehmen.

Das schließt aber auch den Respekt vor dem großen Ziel mit ein, will sagen, dass wir nicht im offenen Raum in eine große Beliebigkeit und Selbstdarstellungssorgie verfallen dürfen. Auch der Raum hat ein politisches Anliegen!

Das schließt Moderation der Gespräche, Konzentration auf das Wesentliche und praktische Umsetzung des Beschlossenen von allen mit ein.

6. Der Handlungsdruck

Immer öfters hören wir auf unseren Plena: „Wir müssen, Wir müssen“. Je mehr mediale Aufmerksamkeit wir mit unseren Aktionen erheischen, je bekannter wir werden, desto mehr „politische Verantwortung“ scheint auf uns zu lasten. Da tut sich eine Sackgasse auf, in die wir nicht weiter reinrennen sollten!

Dieser (z. T. selbstaufgelegte) Handlungsdruck zwingt zur Effizienz, zur Zielgerichtetheit etc. kurz zu allem was wir aus dem politischen Alltagsgeschäft des Parteiensystems kennen.

Unser Raum hingegen braucht Zeit. Viel Zeit. Weil wir erst mal lernen müssen, uns mitzuteilen, unsere Interessen zu artikulieren, die Verschiedenheit der Interessen und Wege zu respektieren. Und das kostet Kraft und Nerven.

Aber wir könnten uns auch darauf verständigen, dass diese notwendigen politischen Willensbildungsprozesse - die dann am Ende die ungeheure Stärke des Raums ausmachen werden – *parallel miteinander und aufeinander zu laufen*.

Was heißt das? Wir können uns sehr wohl vorstellen, dass sowohl die Grundsatzdebatte über „wo wollen wir eigentlich hin, was für eine Gesellschaft stellen wir uns vor“ parallel zu der Debatte um konkrete Forderungen in Kampagnen läuft. Nur muss *beides* organisiert und vorstrukturiert werden. Bisher organisieren wir eher den Prozess für die nächste Aktion oder schreiben langweilige Flugblätter mit noch langweiligeren Forderungen. Und wir „handeln“ entlang einer unreflektierten Tagespolitik – und richten uns primär an denjenigen Menschen und Themen aus, die es schaffen zur Tagespolitik zu werden.

Das ist an sich auch nicht verkehrt, wenn wir GLEICHZEITIG reflektieren, wie die unsichtbar gehaltenen Themen, die gesellschaftlichen „Randgruppen“ und Themen mit der „Tagespolitik“ verwoben sind, wie sie anders „betroffen“ sind – und wie man die unterschiedlichen Ebenen miteinander ver-

mitteln kann.

Der Raum Sozialforum kann und sollte sehr wohl Bewegungen unterstützen. Aber er kann sie nicht ersetzen oder an ihre Stelle treten.

Wir denken nach wie vor, dass die Idee des Drei- Schritts: Analyse, Alternative, Aktion sich sehr gut mit dem Konzept des Raums verträgt. Dass viele kleine Minikampagnen innerhalb des SFB gleichberechtigt nebeneinander (aber eben auch klar koordiniert und strukturiert, mit Verantwortlichen, mit einem Anfang und einem Ende) laufen können, dass es verschiedene Formen der Organisation des politischen Prozesses (beispielsweise in Form unterschiedlicher AG's) geben muss.

Bisher haben wir aber diesen Dreischritt, auch im Sinne Neues zu denken, noch nicht einmal richtig angepackt. Let's do it!

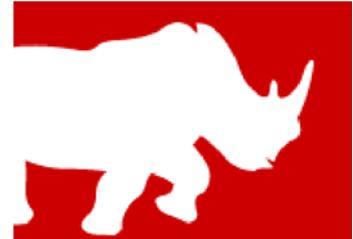
Wir müssen die Stadt zum Brodeln bringen! Wir als Sozialforum sollten dabei alle Aktionsvarianten, von Streiks über Besetzungen bis hin zu neuen Formen der Selbstorganisation tatkräftig unterstützen.

AG Probersteine 6.12.03

Bochum

Pressemitteilung zum 2. Bochumer Sozialforum (2004)

Bochumer Sozialforum
Bochum, 27.4.2004



Nach dem Sozialforum ist vor dem Sozialforum

Mehr als 150 Menschen diskutierten mit, mehr als 400 tanzten anschließend bis in den frühen Morgen. Das zweite Bochumer Sozialforum zeigte am vergangenen Wochenende im Bahnhof Langendreer, dass Alternativen nicht nur denkbar, sondern auch tanzbar sind. Die Diskussionsfreude in den Workshops am Samstagnachmittag wurde durch die Spielfreude der Bands Rotes Haus und O Jarbanzo Negro verlängert. Fazit der Organisatoren: Das Bedürfnis nach Wissen über sozio-ökonomische Themen ist groß, die Bildungs- und Vernetzungsaktivitäten des Sozialforums werden fortgesetzt: "Nach dem Sozialforum ist vor dem Sozialforum."

Sozialforum der richtige Weg

Professor Elmar Altvater aus Berlin und Professor Norbert Wohlfahrt hatten am Freitag und Samstag mit zwei zentralen Vorträgen den Rahmen gegeben. Altvater hatte darauf hingewiesen, dass die Privatisierung öffentlicher Güter in unserem Alltag weit fortgeschritten ist, "so dass uns die Teilhabe am öffentlichen Leben immer mehr genommen wird." Er nannte Beispiele, die von der vermehrten Kriegführung durch private Sicherheitsarmeen über intransparente Cross-Border-Leasing-Geschäfte bis hin zur Privatisierung der Sozialversicherungen reichten. Altvater plädierte dafür, verloren gegangene Gestaltungsmöglichkeiten zurück zu holen: "Das geht nur, wenn derartige Vorgänge öffentlich und breit diskutiert werden. Bildungsorte wie das Bochumer Sozialforum sind genau der richtige Weg."

Produktiv genug für alle

Das Prinzip des aktivierenden Staates, seine Fordern-und-Fördern-Methode und die Fehlleistungen der Agenda 2010 waren die Themen von Professor Norbert Wohlfahrt. Dass die Schieflage der öffentlichen Haushalte nicht über eine Erhöhung der Einnahmen sondern über eine Verringerung der Ausgaben erfolge, sei der schwerste Fehler dieser vermeintlichen Systemkorrektur. Risikoreiche Folgen für uns alle seien eine zunehmend ausländerfeindliche und nationalistische Politik, die den Weg in den autoritären Staat öffne. Alternativen ließen sich dagegen selbst zahlenmäßig nachweisen: Steigende Arbeitsproduktivität führe permanent zu erhöhter Wertschöpfung, die mehr Menschen gerecht ernähren könne.

Sieben mal Wissen und Erfahrungen

Mit den Eckdaten der Vorträge gingen die Teilnehmer des zweiten Bochumer Sozialforums in den Samstagnachmittag. Sieben parallele Arbeitsgruppen hatte das Sozialforum zur Auswahl geboten. Bestbesuchter Workshop war die Diskussion um die Alternativen zum Neoliberalen Wirtschaftssystem. Hier wurde klar, dass der Bedarf nach Wissens- und Erfahrungsaustausch über sozio-ökonomische Themen gestiegen ist. "Die Bürgerinnen weichen dem Informations-Overkill aus und wollen sich selbst aufklären", sagte Reinhard Wegener, Moderator des Workshops. "Sie suchen den Kontakt mit Experten und lassen sich auch einfache Fragen erklären."

Gut besucht waren auch die Workshops um Alternative Lebens- und Systemmodelle "Was heute schlechter wird war gestern nicht besser" und die "Schrumpfende Stadt". Mit der Suche nach neuen Perspektiven, die über den Sozialstaat hinaus reichen, indem sie garantiertes Einkommen und die Bedeutung öffentlicher Güter betonen, wurde der Bogen zu Altvater und Wohlfahrt gespannt.

Von Spanien lernen

Nachdem über drei Stunden am Nachmittag konzentriert zu den einzelnen Themen diskutiert wurde, wollten die Organisatoren die Teilnehmer nicht mit einer Ergebnisvorstellung im Abschlussplenum weiter ermüden, zumal die Kräfte noch für zwei Konzerte reichen mussten. Die Ergebnisse der Workshops sollen demnächst auf der Homepage des Sozialforums zur Verfügung stehen. Nach einer Stärkung rockten dann etwa 400 Menschen das Sozialforum, als Rotes Haus seinen Mix der Hamburger Schule zubereitete. Krönung des Abends waren die fünf Musiker von O Jarbanzo Negro, die mit ihrer Mischung aus Folk, Punk, Reggae, Ska, Polka und Techno alle Register ausgelassener Spielfreude zogen. Hier blieb kein Tanzbein ungeschwungen, denn anlässlich des Geburtstags der Sängerin hatte Jarbanzo im Publikum begonnen, um dann mit Stagediving nach zwei Stunden Konzert gegen zwei Uhr zu enden. Konzerte und Kongress des zweiten Bochumer Sozialforums waren mit Unterstützung des Bahnhofs Langendreer, der Bochumer Agenda 21, der Asten von FH und Uni und vieler Einzelpersonen möglich geworden. Dass die Anerkennung als Forum wächst, zeigte auch die Teilnahme von ver.di, die neben der Agenda 21 und attac Bochum mit einem Informationsstand vertreten waren.

Wie es weiter geht

Nach dem Sozialforum ist vor dem Sozialforum: In der Kritik des zweiten Bochumer Sozialforums auf dem Plenum am Montagabend wurde deutlich, dass man mit dem zweitägigen Programm viele Menschen erreicht hatte, die sich mit den angebotenen Themen auf unterschiedlichen Niveaus auseinandersetzen wollten. Die Suche nach konkreten Lebensmodellen und Alternativen zu kommunaler und internationaler Wirtschaftspolitik beschäftigt immer mehr Menschen. Das Bildungsangebot, das mit den beiden Kongressen und der laufenden Veranstaltungsreihe "Diskurswechsel" begonnen wurde, werde auf jeden Fall fortgesetzt, hieß es am Tag nach dem zweiten Forum.

Das Plenum des Sozialforums trifft sich regelmäßig am letzten Montag des Monats im Bahnhof Langendreer im Raum 6 um 19 Uhr. Demnächst werden die unterschiedlichen Politik- und Aktionsansätze jeweils einzelner gesellschaftlicher Initiativen vorgestellt. Wegen Pfingsten ist das nächste Treffen am 24. Mai 2004.

Info: Ralf Bindel, Tel. 0234-9799513, ralf@macnews.de



Aufruf zum dritten Bochumer Sozialforum

Getragen von der Überzeugung, dass es Alternativen zur neoliberalen Politik gibt und geben muss, haben sich in den letzten Jahren weltweit hunderttausende von Menschen in so genannten Weltsozialforen zusammengefunden, zuletzt 2004 in Bombay/Mumbai/Indien, 2005 in Porto Alegre/Brasilien, 2006 in drei dezentralen Weltsozialforen in Caracas/Venezuela, Bamako/Mali und Karachi/Pakistan.

Das Bochumer Sozialforum versteht sich wie inzwischen viele andere lokale Sozialforen als Teil dieser grenzüberschreitenden sozialen Bewegung in Europa und in der Welt.

Gegründet wurde das lokale Sozialforum in Bochum im Oktober 2003 mit einer ersten Konferenz. Seitdem arbeiten darin Menschen mit unterschiedlichen politischen, sozialen und kulturellem Hintergrund zusammen.

Das Bochumer Sozialforum will sich für Soziale Gerechtigkeit, (Basis) Demokratie und Umweltschutz sowie eine solidarische globale Entwicklung einsetzen. Wir widersetzen uns der immer stärker betriebenen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben.

Das Bochumer Sozialforum bietet eine Plattform für viele Menschen und außerparlamentarische Initiativen und Organisationen. Dieses Forum ermöglicht eine bessere Möglichkeit der Kommunikation und Vernetzung und einen ständigen Austausch. Wir wünschen uns ein Zusammentreffen verschiedener kritischer Menschen mit unterschiedlichen Positionen, die von der Kritik an einzelnen Missständen bis hin zu umfassender Gesellschaftskritik reicht. Das Sozialforum soll die Solidarität und den Respekt untereinander stärken, ohne zu vereinheitlichen. Ein hierarchiefreies, gleichberechtigtes Miteinander sehen wir als ersten Schritt in die Richtung einer selbstorganisierten, nicht auf Konkurrenz, sondern auf Solidarität begründeten Gesellschaft.

Eine klare Abgrenzung zu rassistischen, sexistischen, eurozentristischen, nationalistischen und antisemitischen Positionen ist uns sehr wichtig. Wir begreifen dies als Voraussetzung für eine selbstbestimmte Politik, die den Bedürfnissen von Menschen gerecht wird.

Die Bewegungen gegen den Neoliberalismus und Sozialabbau stehen vor neuen Herausforderungen. Die Regierungswechsel in NRW und im Bund haben die Lage nicht verbessert, eher verschlechtert. Neue Angriffe auf ArbeitnehmerInnen, Auszubildende/Studierende und Erwerbslose stehen bevor. Deswegen rufen Gruppen, Organisationen und weitere aktive Menschen zum dritten Bochumer Sozialforum auf. Dieses findet am 17./18.2.2006 im Bhf. Langendreer statt. Zum Ende dieses Sozialforum laden wir zu einer so genannten Versammlung sozialer Bewegungen ein. Dort sollen gemeinsame Aktivitäten diskutiert und wenn möglich beschlossen werden.

Folgende Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen rufen zum dritten Bochumer Sozialforum auf:

ag feministische theorie & praxis, attac campus Bochum, attac Bochum, bo-alternativ.de, Freiraum e.V., Food not Bombs, der notstand e.V., Friedensplenum Bochum, DGB Campus Office Bochum, Gegenwehr ohne Grenzen (GoG), Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkriegs – Ärzte in Sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW Bochum), Internationales Aktionsbündnis Bochum, Initiative gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung Dortmund, Initiative Bahnhof Langendreer/Politik, Kampagne Gerechtigkeit heilt, Kampagne Achten statt Verachten, LabourNet.de, Lidl-Kampagne attac/ver.di, Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum, Mieterforum Ruhr, Roter Salon, Soziales Zentrum Bochum. Stand: 16.1.06

Wer den Aufruf ebenfalls unterzeichnen möchte, bitte Mail an <mailto:sozialforum-bochum@zeromail.org> oder Tel. 0234 – 9 79 95 13
Mehr zum Bochumer Sozialforum unter <http://www.kolabor.de/sozialforum>

Gleiche soziale Rechte, Menschenrechte, Grundrechte, Daseinsrecht ...

Flüchtlingsinitiative Brandenburg, Internationales Aktionsbündnis (Bochum) und Initiative gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung (Dortmund)

Auf welche Rechte beziehen wir uns? Welche unserer Rechte werden verletzt und wie sieht unser Widerstand dagegen aus? Welche Rechte fordern wir, für welche Rechte kämpfen wir? Inwiefern bestimmen unterschiedliche Lebenssituationen unsere politischen Positionen?

Von diesen Fragen ausgehend wollen wir versuchen, gemeinsame Forderungen und Widerstandsstrategien zu entwickeln.

Der Workshop findet mehrsprachig statt.

Die Wiederaneignung des sozialen Raums (in der neo-liberalen Schrumpfung-Stadt)

Mieterforum Ruhr

Die neoliberale Globalisierung treibt Bochum und das Ruhrgebiet in eine immer stärkere Abhängigkeit von globalen Märkten und Konzernen – bei den Arbeitsplätzen (Beispiel Opel) wie bei den Wohnverhältnissen (Beispiel Annington/Viterra). Die vorherrschende politische Antwort – Deregulierung, Investitions erleichterungen, Privatisierungen, Sozialabbau, Lohnsenkungen – untergräbt gleichzeitig die lokale Wirtschaftskraft, die traditionellen Solidarformen und die öffentlichen Kapazitäten, der Dauerkrise zu begegnen. Gibt es jenseits der Abwehr- und Rückzugskämpfe überhaupt noch vorwärts gerichtete Perspektiven?

18.00 Uhr | VERSAMMLUNG SOZIALER BEWEGUNGEN

Nach dem Vorbild der großen Sozialforen versammeln sich zum Abschluss des Bochumer Sozialforums lokale Gruppen, Initiativen und Organisationen, um über mögliche gemeinsame Aktionen zu diskutieren. Alle Gruppen sind aufgerufen Ideen und Vorschläge mitzubringen! Außerdem haben die AGEN hier die Möglichkeit vorzustellen, welche konkreten Ideen sie entwickelt haben.

20.00 | GROSSES KOMMUNIKATIVES ESSEN zum Austauschen und Kennenlernen

PROGRAMM ÜBERSICHT

FREITAG, 17. FEBRUAR 2006

19.30 Uhr | ABENDVERANSTALTUNG

Wie erschaffen soziale Bewegungen eine Gegen-Hegemonie?

SAMSTAG, 18. FEBRUAR 2006

11.00 Uhr | PODIUM

Soziale Rechte erkämpfen – Perspektiven des Widerstands

13.00 Uhr | PAUSE

13.30 Uhr | ERSTER WORKSHOP-BLOCK

Bildung und Eliten – Elitebildung für alle
Flexible Bedarfsgemeinschaften, prekäre Familienmodelle? Geschlechterverhältnisse in Zeiten von Hartz IV

Radikale Linke und Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit heute: Entwicklung – Stand – Perspektive

Die Situation illegalisierter Flüchtlinge: Zugang zur medizinischen und psychotherapeutischen Regelversorgung

15.30 Uhr | PAUSE

16.00 Uhr | ZWEITER WORKSHOP-BLOCK

»...dann würde ja niemand mehr arbeiten«
– Konzeptionen und Entwürfe eines garantierten Grundeinkommens

Mit den neuen „Anti-Terror“-Gesetzen in einen autoritären Sicherheitsstaat

Gleiche soziale Rechte, Menschenrechte, Grundrechte, Daseinsrecht...

Die Wiederaneignung des sozialen Raums (in der neo-liberalen Schrumpfung-Stadt)

18.00 Uhr | VERSAMMLUNG SOZIALER BEWEGUNGEN

20.00 | GROSSES KOMMUNIKATIVES ESSEN

DRITTES BOCHUMER SOZIALFORUM BEWEGUNG



MACHT WIDERSTAND

17./18. Februar 2006

Bahnhof Langendreer | Wailbaumweg 108 | Bochum-Langendreer



BEWEGUNG MACHT WIDERSTAND

Ein Jahr nach der Einführung von »Hartz IV« hat sich der soziale Alltag vieler Menschen – ob mit oder ohne Arbeit – verschoben. Im Handgemeinen zwischen Sozialprotesten, Betriebskämpfen und individuellem Lebensalltag stehen diejenigen, die eine andere Gesellschaft wollen, heute oft mit dem Rücken an der Wand. Mit dem Dritten Bochumer Sozialforum wollen wir zurückblicken, reflektieren und die Initiative wiedergewinnen.

FREITAG, 17. FEBRUAR 2006

19.30 Uhr | ABENDVERANSTALTUNG

Wie erschaffen soziale Bewegungen eine Gegen-Hegemonie?

Referent: *Ulrich Brandt*

Globalisierung ist kein richtungsloser Prozess. Schon seit Jahren versuchen dominante gesellschaftliche Kräfte, neoliberale Projekte gesellschaftlich zu verankern. Nicht ohne Erfolg. Doch gibt es zunehmend Risse und gegen-hegemoniale Strömungen. Diese „post-neoliberale Agenda“ wird von globalisierungskritischen Bewegungen auf der ganzen Welt vorangebracht. Sie beinhaltet Kritiken der Privatisierung öffentlicher Güter und des Sozialabbaus, Debatten um eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung und die Suche nach neuen Formen einer „globalen Politik“ wie sie die ZapatistInnen in Chiapas (Mexiko) einfordern.

Dr. Ulrich Brandt arbeitet als wiss. Assistent am Fachgebiet Globalisierung und Politik der Uni Kassel und ist aktiv in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac. Aktuelle Buchveröffentlichung: *Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien* (2005).

SAMSTAG, 18. FEBRUAR 2006

11.00 Uhr | PODIUM

Soziale Rechte erkämpfen – Perspektiven des Widerstands

Mag *Wompe* (*Laboume*), *Flüchtlingsinitiative Brandenburg*, N.N. (*Lidl-Kampagne*)

13.00 Uhr | PAUSE

13.30 Uhr | ERSTER WORKSHOP-BLOCK

(Die Workshops finden gleichzeitig statt)

Bildung und Eliten – Elitebildung für alle

DGB Campus Office Bochum/Hochschulinformationsbüro an der RUB

Die letzten Studien haben es deutlich gezeigt: Der Bildungszugang ist in keinem anderen Land so stark an materielle Ressourcen geknüpft wie in Deutschland. In diesem Zusammenhang von Studiengebühren zu sprechen, zeugt von bemerkenswerter Ignoranz den Verhältnissen gegenüber. Der Workshop soll sowohl die Schwachstellen des Bildungswesens in Deutschland aufzeigen, als auch alternative Konzepte im Stil von „Bildung für alle – und zwar umsonst“ behandeln.

Flexible Bedarfsgemeinschaften, prekäre Familienmodelle? Geschlechterverhältnisse in Zeiten von Hartz IV

Referentin: *Iris Nowak (Sozialökonomin, Hamburg)*

Die zunehmend massiver werdende Beschneidung sozialer Rechte, vor allem auch im Zuge von Hartz IV, wirkt sich in spezifischer Weise auch auf die Geschlechterverhältnisse sowie darauf aus, wie Versorgungs- und Familienarbeit organisiert wird. Vor diesem Hintergrund möchten wir folgenden Fragen nachgehen: Wie sehen die Auswirkungen auf bestehende geschlechtliche Ungleichheiten genau aus, wo tun sich neue Widersprüche auf? Wie verändern sich Beziehungen, Familienplanungsmuster und Zuständigkeiten für „Reproduktionsarbeit“?

In der anschließenden Diskussion möchten wir vor allem auch über die Möglichkeiten feministischer Intervention diskutieren.

Radikale Linke und Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit heute: Entwicklung – Stand – Perspektive

Gruppe *Gegenwehr ohne Grenzen (GoG)*
Referent: *Wolfgang Schaumburg*

Multinationale Konzerne lenken den Globalisierungsprozess zusammen mit den ihren Interessen dienenden internationalen Institutionen, bei Komplizenschaft der nationalen Regierungen, heißt es in der Charta des Weltsozialforums.

Mit der Macht der Multis setzen sich viele Linke allerdings gar nicht (mehr) auseinander und nur wenige radikale Linke unmittelbar. Welche Schwächen und Stärken hat ihr Kampf derzeit? Die Widersprüche innerhalb der Gewerkschaftslinken sind tiefgreifend. Die Debatte einer mittel- und längerfristigen Perspektive steckt noch in den Anfängen...

Dazu Thesen zur Diskussion von Wolfgang Schaumburg.

Die Situation illegalisierter Flüchtlinge: Zugang zur medizinischen und psychotherapeutischen Regelversorgung

IPPNW – Studierende Ruhr Uni Bochum und Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum

In Deutschland leben geschätzte 500.000 bis 1,5 Mio. Flüchtlinge in der Illegalität ohne Zugang zur medizinischen und psychotherapeutischen Regelversorgung. Im Krankheitsfall droht beim Aufsuchen von ÄrztInnen das „Auf-fliegen“ und die Abschiebung. Flüchtlinge in schwebenden Verfahren haben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ebenfalls nur begrenzten, d.h. staatlich limitierten Zugang zur gesundheitlichen Versorgung.

Wir möchten in diesem Workshop die rechtliche Situation der Flüchtlinge und der UnterstützerInnen sowie Möglichkeiten der konkreten Hilfe und der politischen Einflussnahme erläutern. In diesem Rahmen werden wir die Arbeit der Medizinischen Flüchtlingshilfe (MFH) Bochum und deren Kampagnen „Gerechtigkeit heißt“ sowie die Kampagne „Achten statt Verachten“ der IPPNW vorstellen.

15.30 Uhr | PAUSE

16.00 Uhr | ZWEITER WORKSHOP-BLOCK

(Die Workshops finden gleichzeitig statt)

»...dann würde ja niemand mehr arbeiten« – Konzeptionen und Entwürfe eines garantierten Grundeinkommens

Gruppe *Roter Salon*

Die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen als Antwort auf den sozialen Angriff durch die Hartz-IV-Gesetze ging im zurückliegenden Jahr weit über den Kreis einer radikalen Linken hinaus. Von utopischen Sozialisten in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts erdacht, wird sie heute von unterschiedlichen politischen Standpunkten aus neu formuliert. Das Spektrum reicht dabei vom »Existenzgeld« der Erwerbslosen- und Sozialhilfeninitiativen bis zum über eine Konsumsteuer finanzierten Modell des DM-Drogerieketteneinhabers und Anthroposophen Götz Werner. Ausgehend von den unverzichtbaren Basisanforderungen für ein bedingungsloses Einkommen wollen wir verschiedene Ansätze und Modelle zusammenfassend darstellen und diskutieren. Eine spannende Debatte versprechen wir uns von der Idee, das Grundeinkommen auch als globales Projekt zu denken.

Mit den neuen „Anti-Terror“ Gesetzen in einen autoritären Sicherheitsstaat

Friedensplenum | Referent: Wolfgang Dominik (VVN-BdA)

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 setzte die damalige rot-grüne Bundesregierung mit Innenminister Otto Schily fast unbemerkt weitreichende Veränderungen zum Nachteil aller BürgerInnen unter dem Deckmantel des „Anti-Terror-Kampfes“ um. So begann eine schleichende Aushöhlung der Menschenrechte, etwa im Bereich der Telekommunikationsüberwachung, wo immer mehr Kontrollmöglichkeiten geschaffen wurden. MigrantInnen wurden geradezu unter Generalverdacht gestellt. Die Kontrollrichte des Staates nimmt bei gleichzeitig schwindendem Datenschutzbewusstsein zu.

Wolfgang Dominik wird diese Entwicklungen bis hin zu den aktuellen Geschehnissen nachzeichnen.

Nächste wichtige Termine:

Treffen aller am Bremer Sozialforum beteiligten Initiativen und Organisationen

- 10. März/ 19.30 Uhr/ Lagerhaus/ 3.Stock

Regelmäßiges Treffen der Initiativgruppe für ein Bremer Sozialforum

- 17.03.05/ 19.30 Uhr
- 31.03.05/ 19.30 Uhr

jeweils im Attac-Büro, Bauernstr. 2

Redaktionsschluss des Programms

- 30.04.05

Initiativen, Netzwerke, Organisationen die das Bremer Sozialforum bisher unterstützen:

Attac Bremen, Ver.di Fachbereich 03 Gesundheit, Wohlfahrt und Kirchen, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), BUND, Robin Wood, Bremer Friedensforum, Schnürschuh - Theater, Bezirksvorstand ver.di Land Bremen, Lagerhaus e.V., Karawane der Flüchtlinge, Friedensgemeinde HB, Blaue Karawane, amnesty international, Diakonisches Werk, ESG, biz, Friedensforum, Bremer Commune, Attac AG 'Global fatal', Unitopia, Bürgerinitiative zur Erhaltung des Hollerlandes Ökumenische Initiative Bremen, Verkehrsclub Deutschland

www.bremer-sozialforum.de

orga@bremer-sozialforum.de

Die Stadt gehört uns!

Initiative für ein Bremer Sozialforum

Auszüge aus der Charta des Weltsozialforums

Das Weltsozialforum ist ein offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Anträgen, freien Austausch von Erfahrungen und das Verbinden für wirkungsvolle Tätigkeit, durch und von Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich dem Neoliberalismus und Herrschaft der Welt durch das Kapital und jeder möglichen Form des Imperialismus widersetzen, und sich im Aufbauen einer planetarischen Gesellschaft engagieren.

Das Weltsozialforum ist ein pluraler, breit gefächterter, nicht-konfessioneller, nichtstaatlicher und nicht-parteiischer Zusammenhang, der auf dezentralisierte Art und Weise die Organisationen und Bewegungen verknüpft, die durch konkrete Aktionen von der lokalen bis zur internationalen Ebene dabei mitwirken, eine andere Welt aufzubauen.

Leitideen für das Bremer Sozialforum

Folglich stellt auch das Bremer Sozialforum keinen Ort dar, auf dem Einzelne, Gruppen oder Organisationen im Namen des Sozialforums Positionen nach außen vertreten können. Das Bremer Sozialforum berät nicht als Institution oder parteipolitisch gebundene Plattform. Das Forum ist ein offener Raum von Mitgliedern der Zivilgesellschaft, die nach Alternativen für eine andere Welt, ein anderes Bremen suchen. Vertreter von Parteien, Senatsstellen oder anderer Regierungsorganisationen sind als Mitglieder/Bürger der Zivilgesellschaft immer willkommen, jedoch nicht als Repräsentanten ihrer Parteien oder Institutionen.

**Eine andere Welt ist möglich!
Ein anderes Bremen auch.**

17.-19. Juni 2005, Lagerhaus

Bremer Sozialforum



„Kommt mit nach Bremen!
Die Stadt gehört uns. Etwas Besseres als den Tod finden wir überall. Grämt Euch nicht, sondern beteiligt Euch am Bremer Sozialform.“

Die Stadt gehört uns!

Initiative für ein Bremer Sozialforum

Eine andere Welt ist möglich!

Getragen von dieser Überzeugung haben sich in den letzten Jahren weltweit hunderttausende von Menschen in sogenannten Weltsozialforen zusammengefunden – zuletzt 2004 in Bombay/Mumbai in Indien.

Auslöser war das jährlich stattfindende "Weltwirtschaftsforum" in Davos (Schweiz). Dort diskutieren hochrangige Politiker, Militärs, Manager und Wirtschaftsbosse über Strategien des weltweiten Kapitalismus. Die Welt-sozialforen, als Gegenveranstaltung zu Davos entwickelten unter dem Slogan "Our world is not for sale" (unsere Welt ist unverkäuflich) Alternativen zur neoliberalen Globalisierung, die die Armen im Süden immer ärmer und die Reichen im Norden im reicher macht.

Als eine kontinentale Gegenveranstaltung fand 2002 in Florenz in Italien mit 80.000 TeilnehmerInnen das erste Europäische Sozialforum (ESF) statt.

Was hat Bremen mit den welt- und europaweiten Sozialforen zu tun?

Die Angriffe einer sozialdemokratischen Regierung auf den Sozialstaat (Agenda 2010, Hartz IV) und perspektivisch auf die Flächentarifverträge („Erst die Stütze, dann die Löhne“) zerstreuen letzte Zweifel. Das globale neoliberale Enteisungsprogramm für die breite Masse der Menschen –seit Jahren von Weltbank, Internationalem Währungsfond in der Dritten Welt exekutiert– ist nun auch ins „Alte Europa“ zurückgekehrt. Nicht mehr nur die Armen des Südens werden immer ärmer, sondern auch in der BRD werden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher.

Folgerichtig bildeten sich spontan auch in deutschen Regionen und Städten lokale Sozialforen heraus. So z.B. in Berlin, Hamburg, Bochum, Leipzig, Göttingen, Aachen, Duisburg, Freiburg, Düsseldorf, Köln, München, Oldenburg, Saarbrücken, Stuttgart, Tübingen und Dresden.



Die Stadt gehört uns!

Initiative für ein Bremer Sozialforum

Ein Sozialforum in Bremen, wozu?

Das, was in Bremen seit über 10 Jahren als sog. Sanierungspolitik den Alltag prägt, hat sich gemessen an den ursprünglichen Zielen als erfolglos erwiesen. Der geplante Kanzlerbrief haben auch hier letzte Illusionen zerstört.

- Die versprochenen Wirkungen der Wirtschafts- und Investitionspolitik auf Arbeitsplätze und öffentliche Einrichtungen blieben aus.
- Weite Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge (z.B. Krankenhäuser) sind privatisiert und demokratischer Kontrolle entzogen.
- Tausende Jobs im öffentlichen Dienst vernichtet.
- Öffentliches Eigentums (Tafelsilber) wurde verkauft.
- Bildung und Kultur sind in einem schlechten Zustand, während z.B. der Space-Park Millionen verschlang.
- Auf Kosten der Umwelt werden nicht benötigte Gewerbeflächen erschlossen und zweifelhafte Projekte (Stadtautobahn, Containerterminal IV) durchgezogen.
- Armut gehört mittlerweile zum Stadtbild.

Sanierung = Sozialkahlschlag?

Was ursprünglich als Haushaltssanierung begann, hat sich zur neoliberalen Regionalpolitik entwickelt. Die Umwandlung öffentlicher Daseinsvorsorge in privatwirtschaftlich organisierte Dienstleistungen, die Reduzierung staatlicher Aufgaben auf Polizei, Justiz und Finanzverwaltung, die Herstellung von "günstigen" Bedingungen für private Investitionen durch Einsatz öffentlicher Mittel, sind sowohl Leitlinien für die bremische Landespolitik geworden, als auch Forderungen wie sie auf globaler Ebene durch die WTO und das GATS durchgesetzt werden. Aber immer mehr Menschen spüren: Weder ist diese Politik notwendig und richtig, noch ist sie alternativlos, auch in Bremen nicht. An anderen Orten haben sich Menschen in sozialen Foren zusammengefunden um sich ein reales Bild von den Folgen neoliberaler Politik zu machen, sich über bekannte Alternativen auszutauschen und Neue zu entwickeln. Das sollte auch hier möglich sein,

Die Stadt gehört uns!

Initiative für ein Bremer Sozialforum

Bremer Sozialforum ganz konkret:

Für Bremen ist eine mehrtägige Veranstaltung am 17.-19.06. 2005 geplant. Dort wollen wir zentral und dezentral, in größeren Plena und kleinen Workshops, bei Aktionen und Kulturveranstaltungen, jene Form von politischem Raum schaffen, der die Sozialforen in Porto Alegre, Mumbai, Paris, London und Florenz so erfolgreich gemacht hat.

Ein offener Raum, in dem gefragt und geantwortet wird, in dem der Konsens gesucht wird aber Unterschiede nicht weggewischt werden, in den viel hingetragen wird – nur kein fertiges Ergebnis.

Ganz wichtig: eine "andere Welt" wird auch durch Musik, Theater, Kunst und Kultur auf der Straße lebendig. Wir hoffen, dass Bremer Kulturinitiativen im diesen Sinne das Bremer Sozialforum auch zu Kulturtagen machen.

Das Sozialforum lebt von vielen, die es (mit-)organisieren!

Die für alle offene Initiative für ein Bremer Sozialforum bereitet bestimmte Rahmen-Angebote vor, wie Privatisierung im Bereich der Bremer Daseinsvorsorge, Stadteitarbeit, neoliberale Wirtschafts- und Regionalpolitik in Bremen, Arbeit und Soziales, Umwelt, gekoppelt mit denkbaren Alternativen zur neoliberalen Globalisierung.

Lebendig wird das Sozialforum aber durch die Menschen, Organisationen, Initiativen, Projekte, die zu verschiedenen Themen Workshops vorbereiten und anbieten. Zu diesem offenen Prozess möchten wir Sie/ Euch einladen.

Siehe dazu auch die Umseite!



Die Stadt gehört uns!

Initiative für ein Bremer Sozialforum

Programm des 1. Bremer Sozialforums, 17.-19. Juni 2005



Übergreifende Podien

Freitag, 18h Perspektiven der Sozialforums-Bewegung, mit Bericht vom Weltsozialforum 2005
Mit Karl-Albert Kako (Norddeutsches Sozialforum), Karin Genn (Deutsches Sozialforum)

Freitag, 20h Wieviel Markt vertragen Demokratie und Sozialstaat?
Mit Pedram Shahyar (attac Bundes-Koordinierungskreis), Prof. Adelheid Biesecker (Uni Bremen, attac wissenschaftlicher Beirat), Prof. Wolfram Elsner (Uni Bremen)

Samstag, 15h Demo "Die Stadt gehört uns"

Samstag, 20h Solidarität versus Neoliberalismus
Wie lassen sich Widerstand gegen und Alternativen zu Kürzungspolitik, Hartz IV, Bildungsabbau, ... praktizieren?
Mit Prof. Peter Grottian (FU Berlin und Berliner Sozialforum) Dirk Jenke (attac Bremen)

Sonntag, 15h Abschlussplenum

Sonntag, 16.30h Versammlung der sozialen Bewegungen

Workshops

Arbeit und Soziales

- Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung! Was brauchen wir zum guten Leben? (Sa. 10h)
- Gesundheit wird immer mehr zur Ware!?? (Sa. 10h)
- Hartz IV und die Folgen in Bremen (Sa. 13h)
- Soziale Kontrolle & Repression statt sozialer Sicherung? Sozialkürzungen, Staatssicherheit und Knast (So. 13h)
- Erwerbslose brauchen unabhängige Beratung! (Sa. 17h)
- Das Ende der Sanierung. Sanierungspolitik in Bremen: Nur Sparen oder Neoliberale Regionalpolitik? (Sa. 17h)
- Residenzpflicht vor Gericht - Der lange Kampf von Flüchtlingen gegen ein rassistisches Sondergesetz (Sa. 17h)
- Mangel trotz Überfluss - Über die Umverteilung von unten nach oben in Bremen und anderswo (So. 10h)
- Wohlfahrt am Ende? (So. 10h)
- Prekäres Leben - Flexible Sicherheit? Lebensqualität im alten und neuen Sozialstaat (Sa. 13h)

Internationalismus

- Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie und der Arbeit der CCC (Clean Clothes Campaign) (Sa. 10h)
- Menschenrechte weltweit - u.A. Murat Kurnaz, ein Bremer in Guantanamo (So. 13h)
- Die Folgen der Wasserprivatisierung für soziale Projekte - Der Fall Bolivien (Sa. 13h)
- Kolumbien und Venezuela - ein Reisebericht (Sa. 13h)

- Diavortrag "Globalisierung+Mexico" (Sa. 17h)
- Wirtschaftliche Globalisierung und Krieg - Das Beispiel der Kinder und Jugendlichen der Friedensgemeinden am Cacarica in Kolumbien (So. 10h)
- Entwicklungshilfe - wer hilft hier eigentlich wem? (So. 13h)

Bildung

- Warum kommen Studiengebühren gerade jetzt? (Sa. 10h)
- Privatisierte Bildung: Dumm gelaufen? Schlaue Wege aus der Globalisierungsfalle (Sa. 17h)
- Schweden - ein Beispiel für ein ganzheitliches Bildungssystem (So. 13h)
- Kritisches Studium konkret! (So. 10h)

Umwelt und Technik

- Die ökologischen Grenzen der Globalisierung - eine Einführung. (So. 13h)
- Mobil ohne Auto - für eine nachhaltige und altersgerechte Mobilität (So. 10h)
- Führen Bio-, Computer- und Nanotechnologie zu einer besseren Welt? (Sa. 10h)

Frieden

- Die verfasste Militarisierung Europas. Zum Vertrag über eine Verfassung für Europa (Sa. 17h)

Alternativen

- Globalisierungskritik & Stadtteilzentren (Sa. 10h)
- Der ROLAND, ein neues, zinsloses Zahlungsmittel (Sa. 10h)
- Globalisierungskritischer Stadtrundgang (Sa. 13h)
- Auswege aus der Globalisierungsfalle (Sa. 13h)
- Konkrete Alternativen zu Karriere & Aussteigertum (Sa. 17h)
- Was bedeutet Globalisierungskritik für den eigenen Lebensstil? (So. 10h)
- Beteiligungshaushalt - Beteiligung an Macht (So. 10h)
- Bremen muss demokratischer werden - aber wie? (Sa. 13h)
- Eine andere Ökonomie ist möglich - bloß wie? Utopien für ein Leben nach dem Kapitalismus: Open source, Non-profit, Selbstverwaltung (So. 10h)
- Glaubwürdige Alternativen zum Kapitalismus (So. 13h)

Unterstützer

attac Bremen, Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger e.V., Akzept e.V. Bremen, Aidshilfe Bremen, Alfa, amnesty international, Arbeit und Zukunft e.V., Arbeitslosenzentrum Tenever, Archiv der sozialen Bewegungen, Referat für Hochschul- und Sozialpolitik des AStA Uni Bremen, BI zur Erhaltung des Hollerlandes, Blaue Karawane, Bremer Commune, Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk, Bremer Friedensforum, Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung, BUKO Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", Bund Umwelt- und Naturschutz Bremen, Cinema Ostertor, Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, DGB-Jugend, Diakonisches Werk, Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft, Evangelische Andreas-Gemeinde in Bremen, Evangelische Gemeinde Horn, Evangelische Studenten-Gemeinde Bremen, Forum InformatikerInnen für Frieden und Gesellschaftliche Verantwortung, Forum Kirche, FrauenGesundheitsZentrum Bremen, Friedensgemeinde, Gesamtausschuss Mitarbeitervertretungen der Diakonie, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bremen, IG Metall Jugend, Initiative Bremer Karneval, Initiative Bremer Montagsdemo, Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg, Internationales Verteidigungskomitee, Karawane für die Rechte der Flüchtlinge, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Konzernbetriebsrat der Kliniken Bremen Ost, Bremen Nord, Bremen Mitte, Links der Weser, Kulturzentrum Lagerhaus, Kulturzentrum Schlachthof, LAG Hilfe für Behinderte, Mehr Demokratie Bremen, Netzwerk Selbsthilfe, Nitribitt, Ökumenische Initiative Bremen, Pax Christi, Regenbogen ambulante Pflege für Aids-Kranke, Robin Wood, Rosa-Luxemburg-Initiative, Scenario, Schauburg, Shakespeare-Company, Schnürschuh-Theater, Sozialverband Deutschland Kreis Bremen, Stephaniegemeinde, terre des hommes Bremen, Theatrium Puppentheater, Umweltforum, Unitopia, ver.di Landesbezirksvorstand Bremen, ver.di Fachbereich 03, ver.di Jugend Bremen, Verein für nachhaltiges Wirtschaften, Verein Sozialökologie, Verkehrsclub Deutschland (Landesverband Bremen)

taz-Artikel zum 1. Bremer Sozialform

Werdet mutig, glaubt nicht an Parteien!

Auf dem ersten Bremer Sozialforum plädiert der Berliner Hochschullehrer Peter Grottian für eine mutige Protestbewegung, die sich nicht auf die etablierten Parteien verlässt. Die Bremer "Eine andere Welt ist möglich"-Streiter widersprechen nicht

Bremen taz. "Abschließendes Plenum" stand am Sonntag gegen 15 Uhr auf der Tagesordnung beim ersten Bremer Sozialforum im Kulturzentrum Lagerhaus. Immerhin hatten trotz des wunderbaren Wetters noch etwa 80 Menschen ausgehalten und waren in den fast fensterlosen Raum gekommen. Da wurde Bilanz auf eine etwas andere Art gehalten: Die Organisatoren des Treffens saßen vorn auf dem Podium und trugen ihre Bilanz vor.

Zwischen 200 und 300 Menschen hatten zwei volle Tage lang in diversen "Foren" und "zentralen Podien" über fast alle aktuellen sozialkritischen Themen diskutiert, gedanklich die Trennung von Arbeit und Einkommen aufgehoben und Hartz IV abgeschafft. Dabei waren einige bärtige Veteranen der Bremer Protestbewegung, aber auch Studierende unter 30, Neugierige aller Art. Wirklich zusammenfassen lassen sich die Diskussionen nicht und daher beschränkten sich auch die Organisatoren auf das Formale: Die Stimmung war recht gut, auch wenn kein "Happening-Charakter" aufgekommen war. Es wurde ernsthaft diskutiert und auch viel gelacht, erfuhren die Teilnehmer von ihren Organisatoren. Die Kasse stimmt einigermaßen - da die Räume kostenlos waren, reichten Spenden einiger Tausend Euro (fast) aus. Die Demonstration am Samstag sei mit 100 bis 150 Teilnehmern ganz erfolgreich gewesen, berichtete Peter Erlansson, "es hätten ein paar mehr sein können", und beim nächsten Mal sollten vielleicht die 60 Gruppen und Organisationen, die den Aufruf unterschrieben hatten, mit ihren Transparenten dabei sein. Das Kulturangebot, berichtete der Kulturverantwortliche, sei nicht so richtig angenommen worden, viele habe man ausfallen lassen, das müsse beim nächsten Mal besser werden. Und es geht weiter - weg, sollte man am 21.-24. Juli mit nach Erfurt fahren. Dort findet das "Erste Sozialforum in Deutschland" statt.

Und was wurde beim ersten Bremer Sozialforum diskutiert, zum Beispiel? Am zweiten Tag hatten sich unter den roten und blauen Scheinwerfern gut hundert BremerInnen versammelt. Sie sind zwischen 20 und 70, bei attac, bei Verdi, in Arbeitslosen- und Eine-Welt-Initiativen engagiert, bei der PDS, bei der WASG oder in der Bremer Commune. Sie halten "eine andere Welt" für "möglich", "auch in Bremen". Und sie wollen dafür streiten. Peter Grottian, seit Jahrzehnten als Streiter für Sozialreformen bekannt, Professor für Politologie an der Freien Universität Berlin, Mitstreiter im Berliner Sozialforum und jetzt auf dem Podium in Bremen, weiß jedenfalls, wie es nicht geht: Man solle "nicht erneut glauben, dass eine Partei gesellschaftliche Verhältnisse ändern könne", ein deutlicher Seitenhieb auf PDS und WASG. Statt sich auf die bevorstehende Bundestagswahl zu "fixieren", so Grottians Empfehlung, solle man besser "überlegen, wie man die Sozialproteste dynamisiert".

Nur eine von vielen getragene und schlagkräftige Protestbewegung könne dem "Disziplinierungsprojekt Hartz IV und Agenda 2010", der Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen und der Abschaffung einstmals mühsam erkämpfter Rechte Einhalt gebieten. Was PDS und WASG da zu programmatisch zu bieten hätten, "das sieht doch ziemlich schwach aus", kritisierte Grottian: "Weg mit Hartz IV reicht einfach nicht." Der Saal schreibt eifrig mit. Ein einziger, Mitglied der WASG, wagt leisen Protest. Die parlamentarische und die außerparlamentarische Linke, wirft er ein, "muss in der Diskussion bleiben". Beifall bekommt er nicht.

"Wie lassen sich Widerstand gegen und Alternativen zu Kürzungspolitik, Hartz IV und Bildungsabbau praktizieren?", lautet die Leitfrage für diesen Abend. Dirk Jenke vom Bremer Sozialforum empfiehlt die "Entdeckung der Mikroebene". Die Globalisierungskritiker dürften nicht nur gegen G8, WTO-Tagung und Weltwirtschaftsforum protestieren, sondern müssten ihre Kritik auch vor Ort in die Diskussion bringen.

Ein schwieriges Unterfangen. Beispiel Hartz IV: Als "Ekstase des bürokratischen Wahnsinns" geißelt

Grottian diese "Verwaltung der Arbeitslosigkeit" - und setzt ihr seine Forderungen nach einem angemessenen Grundeinkommen, nach Mindestlöhnen und nach der Finanzierung von gesellschaftlich sinnvoller, selbst gewählter Arbeit entgegen. Die Realität draußen, im Alltag, schildert eine ZuhörerIn, eine, wie sie sich vorstellt, "ganz normal Beschäftigte": "Jeder hat Angst vor Hartz IV, aber alle akzeptieren die Reform als ‚irgendwie notwendig‘." Vom zivilen Ungehorsam, von dem Grottian träumt, ist das noch meilenweit entfernt.

Gegen die Existenzangst der Einzelnen, sagt Jenke, helfen nur "neue Sicherheiten". Sein Resümee: "Wenn wir den nächsten Angriff überstehen und agieren wollen, brauchen wir solidarische Netzwerke."

(taz-Bremen vom 20.06.2005)

Bericht vom 1. Bremer Sozialforum (17.-19. Juni 2005)



Die Vorbereitungsgruppe für das Bremer Sozialforum hat sich nach einer gemeinsamen Fahrt zum europäischen Sozialforum nach London (im Oktober 2004) gefunden. Wir mussten uns zunächst mit einer ähnlichen Initiative auseinandersetzen, die das Forum aber nicht „Sozialforum“ nennen wollte. Wir konnten uns dann doch auf den Begriff „Sozialforum“ und den Bezug zur Charta von Porto Alegre einigen. Die Vorbereitungsgruppe bestand dann aus knapp 10 Menschen und hat zunächst bei vielen Organisationen „Klinken geputzt“, also die Sozialforums-Idee vorgestellt und um Unterstützung geworben (ideell, finanziell und durch Anbieten von Workshops). Dafür haben wir ein kleines Flugblatt und einen Folienvortrag erstellt. Die Erfahrung war, dass die meisten Initiativen schon Genaueres über den Rahmen und das Programm wissen wollten – das Programm sollte ja aber maßgeblich von den Initiativen selbst gestaltet werden. Wir haben dann als Vorbereitungsgruppe einige Eckpfeiler eingezogen (Themen und ReferentINNeN der Podien, grobe mögliche thematische Säulen) und zu einem Treffen eingeladen, zu dem ca. 30 Menschen erschienen. Dort wurde auch der endgültige Termin des Sozialforums festgelegt. Weitere Treffen dieser Art gab es ca. alle 6 Wochen, sie dienten vor allem der Sammlung von Workshop-Ideen, der Erstellung und schließlich auch der Verteilung des Programms, das wir übrigens als taz-Beilage drucken ließen (plus weitere Exemplare zur direkten Verteilung). Die Vorbereitungsgruppe selbst traf sich 14-tägig, in der heißen Phase dann wöchentlich, weil es ja ziemlich viel zu organisieren gab. Die Organisation war stark an der Kapazitätsgrenze, hat aber trotz einzelner Probleme dennoch insgesamt sehr gut geklappt.

Das erste Bremer Sozialforum hat es geschafft, eine Bresche zu schlagen: es war ein Ort der Kooperation der globalisierungskritischen Kräfte in Bremen. Die 68 unterstützenden Organisationen umfassen ein breites Spektrum: attac, Gewerkschaften, Kirchen, Umwelt-, Friedens-, Menschenrechts-, Arbeits(losen)-, entwicklungspolitische, Frauen-, Kultur und MigrantINNeN-Gruppen. Selbst eine Gruppe, die den Aufruf zunächst ablehnte, kam dann doch zur „Versammlung der sozialen Bewegungen“. Es gab fast nur positives Feedback, ein großes Presse-Echo, eine breite Beteiligung. Der „offene Raum“, an den erst keiner glauben wollte, ist entstanden.

Kultur und Demo waren eher ein Anfang, haben aber dank der verschiedenen Aktionen (u.a. globalisierungskritisches Tauziehen mit spontaner Beteiligung) viel Spaß gemacht. Offen ist noch, ob der Sa. nachmittag für die Demo ein guter Termin ist (wegen der größeren Öffentlichkeit in der Innenstadt), oder eher der So. vormittag (als Abschluss des Sozialforums, wie beim europäischen Sozialforum).

Workshop- und Podiums-Didaktik, Essensversorgung, Pausengestaltung, Kultur, Gruppendynamik, Kinderbetreuung hatten ein unterschiedliches Niveau, das aber auf jeden Fall insgesamt noch steige-

rungsfähig ist.

Zudem gibt es Überlegungen, den Slogan „eine andere Welt ist möglich!“ beim nächsten Mal schon auf dem Sozialforum selbst deutlicher werden zu lassen, z.B. durch ökologisch-regional-erschwingliches Essen, mehr Aufenthalts- und Begegnungsmöglichkeiten, einen Ruheraum, und durch stärkere Thematisierung von globalisierungskritischen Lebensstilen, die dann in ein entsprechendes konkretes Projekt münden könnte.

Die Podien waren eine gute Abfolge: „Perspektiven der Sozialforums-Bewegung“, „Wieviel Markt vertragen Demokratie und Sozialstaat?“ und „Solidarität versus Neoliberalismus“.

Das Publikum hatte hohes Durchschnittsalter, die Jüngeren kamen eher zu den Workshops.

Die Referentenbeiträge waren teils zu lang, so dass für Diskussion zu wenig Raum blieb. Das erste Podium könnte stärker genutzt werden, um Bremen als „Hütte im globalen Dorf“ (WSF-ESF-DSF-BSF) zu positionieren.

Die 37 Workshops aus den Themenbereichen Arbeit und Soziales, Internationalismus, Bildung, Umwelt und Technik, Frieden und Alternativen haben fast alle stattgefunden. Die Ergebnisse wurden auf Wandzeitungen erfasst und zentral ausgehängt. Zudem wurde ein Fragebogen an die Referent:innen verschickt und die Ergebnisse auf der Homepage veröffentlicht. Aus einigen wenigen Workshops sind auch AGs entstanden, die weiterarbeiten; wenn dies noch besser vorbereitet würde, könnten es beim nächsten Mal mehr sein.

Um eine klare Trennlinie zum Sozialforum zu ziehen, fand die „Versammlung der sozialen Bewegungen“ erst eine Stunde nach dem Abschlussplenum statt. Sie war allerdings nicht besonders gut besucht. Die Versammlung der sozialen Bewegungen soll deshalb nächstes Mal (nach einer fünfminütigen Pause) direkt an das Abschlussplenum anschließen. Zudem ist zu überlegen, ob (wie beim Sozialforum in Erfurt) Aktionen, Demos und Kampagnen bereits vorher (Sa. abend?) diskutiert werden, so dass am So. die Erklärung nur noch abgerundet und beschlossen wird.

Zum Auswertungstreffen knapp eine Woche nach dem Sozialforum kamen nur wenige jenseits der Vorbereitungsgruppe. Es ist daher eher als internes Treffen der Vorbereitungsgruppe sinnvoll. Nächstes Mal sollte es daher eine niedrigschwellige direkte Feedback-Möglichkeit geben. Unklar ist noch, in welcher Form.

Im Juli 2005 ging es dann mit der Vorbereitungsgruppe und anderen zum 1. Sozialforum in Deutschland nach Erfurt – wieder ein schönes gemeinsames Erlebnis für die Gruppe, mit vielen Diskussionen und Anregungen. Die nächsten Stationen sind das europäische Sozialforum im Mai 2006 in Athen und das 2. Bremer Sozialforum, das für September 2006 geplant ist. Die Vorbereitung dafür beginnt jetzt.

Dortmund

Wer wir sind und was wir wollen

Mittlerweile haben sich in Deutschland über 30 lokale Sozialforen gebildet. Auch in Dortmund fanden sich am 9. Oktober 2003 Menschen zu einem Sozialforum zusammen. Im Vorfeld der Gründung entwarfen die Initiatoren ein [Positionspapier](#), das erste Basis für gemeinsame Aktivitäten war. Das Dortmunder Sozialforum will gemeinsame Positionen der Kritik und Alternativen formulieren und in der Dortmunder Öffentlichkeit dafür eintreten. In diesem Prozess stellte sich das SoFo-Do auf den Boden des [Frankfurter Appell](#) des breiten bundesweiten Netzwerks "Alle gemeinsam gegen Sozialkahl Schlag". Ziel ist es, die Menschen in Dortmund zu Nachdenken und aktivem Widerstand anzuregen.

Viele Menschen glauben, dass gespart werden muss. Die öffentlichen Kassen sind ja auch tatsächlich leer. Durch die Steuer- und Verteilungspolitik des Bundes spitzt sich die Finanznot der Länder, Städte und Gemeinden dramatisch zu. Damit erscheint der Rückzug aus Sozialstaat und sozialer Verantwortung zwingend notwendig. Die wirklichen Gründe für die leeren Kassen und Alternativen zum "Sparwahn" werden in den Massenmedien selten erwähnt. Statt dessen wird die Spaltung der Gesellschaft gefördert: nicht nur Arbeitslose und Arbeitsplatzbesitzer, sondern auch Jung und Alt werden gegeneinander ausgespielt.

Dem will das Dortmunder Sozialforum etwas entgegen setzen. Aus dem Positionspapier : „Wir finden uns nicht damit ab, dass im reichen Deutschland die Armut immer weiter wächst, damit die Reichen noch reicher werden. Es ist höchste Zeit, aus der Zuschauerdemokratie herauszutreten und sich selber einzumischen. Zentrales Thema unserer Aktivitäten sind die Auswirkungen des Sozialabbaus auf die Menschen in Dortmund.“



Bisher unterstützen ca. 100 Menschen das Dortmunder Sozialforum. Folgende Dortmunder Organisationen/Ortsgruppen beteiligen sich: Akoplan, Attac, Die Stadtgrünen, PDS, DKP, Linkes Bündnis, Arbeitslosenzentrum, ver.di-Erwerbslosenausschuss, BODO, Informationszentrum 3. Welt, ver.di-Jugend, VVN-Bda, Friedensforum, Geschichtswerkstatt und der Sozialverband Deutschland.

Arbeitsgruppen

Es haben sich mehrere Arbeitskreise gebildet. Diese treffen sich nach Bedarf in eigener Verantwortung und stellen ihre Gedanken und Arbeitsergebnisse im Plenum vor. Zur Kontaktaufnahme und Information über Zeit und Ort der Treffen stehen folgende AnsprechpartnerInnen zur Verfügung:

Arbeitskreis Internet

kümmert sich um die Technik rund ums Internet, etwa um die Erstellung und Wartung dieser Homepage, mit der wir im Netz aktuell und verlässlich präsent sein können. Kontakt: "sofodog-internet[at]list.free.de" (|at| durch @ ersetzen)

Arbeitskreis Radio

produziert [Radiosendungen](#) für den Bürgerfunk. Regelmäßiger Sendetermin ist der 1. Dienstag im Monat, zwischen 21 und 22 Uhr auf Radio 91,2. Ansprechpartner ist Wolf Stammnitz: "Wolf.Stammnitz[at]t-online.de" (|at| durch @ ersetzen)

Zeitlich befristete Arbeitskreise

gibt es bei Bedarf, z. B. zur Vor- und Nachbereitung von Aktionen und Veranstaltungen wie z.B. zu den Europäischen Aktionstagen am 02./03. April 04 oder der zur Zeit aktive Arbeitskreis zum Thema Mobilität.

Es weht ein rauer
Reformwind, der immer mehr
Menschen hart ins Gesicht bläst. Es werden so viele Le-
bensmittel und andere Güter hergestellt wie nie zuvor.
Genug, um allen Menschen ein würdiges Leben zu ermög-
lichen. Durch die technische Entwicklung geht das sogar
mit immer weniger Arbeit. Trotzdem gehen Angst, Verunsie-
cherung und Stress um.

Sozialwiderstand für soziale • gerechtigkeit forum-mainz

Wer noch einen Arbeitsplatz hat, schuftet oft für zwei, macht Überstunden, geht auch krank zur Arbeit und kann beim Gedanken an den nächsten Tag nicht einschlafen. Konkurrenz und Mobbing herrschen unter KollegInnen, die sich untereinander als AuftraggeberInnen und KundInnen wahrnehmen sollen. Leitbilder werden erstellt. Volle Leistung für den Betrieb ist gefragt. Tarifverträge, die Mindeststandards von Löhnen und Arbeitsbedingungen sichern, werden mehr und mehr ausgehebelt. Leben um zu arbeiten statt arbeiten um zu leben. Und wer sich dafür nicht voll einspannen lassen will, weiß, dass es genug Ersatz gibt für sie oder ihn.

Immer mehr Menschen sind arbeitslos. Eine Situation, die alle treffen kann, weil es offenbar nicht gewollt ist, die Arbeit in der Gesellschaft vernünftig zu verteilen. Warum nicht so arbeiten, dass die Fähigkeiten von uns allen genutzt werden, ohne unnötig gegen unsere Wünsche für ein erfülltes Leben außerhalb der Arbeit zu gehen? Darüber wird nicht gesprochen. Wer arbeitslos wird oder erst gar keine Ausbildung bekommt, ist angeblich selbst schuld daran. Das schlechte Gewissen wird überall gepredigt und entsprechend werden wir auf dem Arbeitsamt behandelt: Das Geld wird gekürzt, es wird kontrolliert und schikaniert bis jeder Job angenommen wird, egal wo und zu welchen Bedingungen.

Welchen Sinn haben Maßnahmen wie zum Beispiel acht Stunden unter Aufsicht Bewerbungen schreiben, Bewerbungstagebücher abgeben oder die Pflicht zu Bürozeiten zuhause zu sitzen und auf einen Anruf vom Amt zu warten sonst? Moderne TagelöhnerInnen heißen jetzt Ich-AG und dürfen sich stolz UnternehmerInnen nennen. Selbst Zwangsarbeit kommt zurück: Straße kehren für 1,50 Euro, oder die Sozialhilfe wird nicht mehr gezahlt.

Aber nicht nur auf dem Arbeitsmarkt wird kräftig Öl ins Feuer der Konkurrenz gekippt. Ein Blick auf die letzte Strom- oder Heizkostenrechnung, der Eintritt im Schwimmbad, der Preis für das Busticket zeigen, wozu die Privatisierung aller möglichen Bereiche noch führt. Statt wenigstens halbwegs demokratisch zu entscheiden, was wir zum Leben brauchen und wie wir es organisieren, soll alles über den Markt geregelt werden. Alles muss sich rechnen. Irgendwo muss Gewinn dabei abfallen. Gewinn, der investiert wird, um noch mehr Gewinn zu machen oder der in Vorstandsgehälter fließt, die für ein sorgenfreies Leben von Hunderten reichen würden.

Alles hat seinen Preis und wehe, Du kannst ihn nicht zahlen.

Das gilt auch für die Bildung, die Kranken- und Altersversorgung, die scheinbar nicht mehr als allgemeine Rechte gelten, die es für alle Menschen weltweit zu sichern gilt. Gesundheit kostet mindestens Krankenversicherung plus Praxisgebühr plus Zuzahlung bei Medikamenten. Unter dem Strich muss der Gewinn von Pharmakonzernen raus-

kommen, schließlich werden Medikamente nicht einfach zum Wohl der Kranken produziert. Ein würdiges Leben im Alter soll es nur noch für die geben, die es selbst finanzieren können. Für den Rest heißt es länger arbeiten, niedrigere Renten und keine Hüftgelenke. Ausbildungsplätze sollen Azubis durch Lohnverzicht selbst finanzieren, Studiengebühren grenzen die Kinder der Armen noch mehr aus der Bildung aus als bisher und die Kinder von EinwanderInnen werden oft schon in der Schule ausgesiebt.

Dieser Stress drückt auch auf die Familien oder die anderen Beziehungen, in denen wir leben. Die Angst regiert über unsere Wünsche. Vor allem sorgen die vielen kleinen Zwänge im Alltag dafür, dass sich immer wieder überkommene Muster durchsetzen. Kinder und Küche sind am Ende doch meistens unbezahlte Frauensache, ohne dass die Beteiligten das selbst so gewollt haben. „Er“ hat nun mal das bessere Gehalt, auch wenn er gerne in Erziehungsurlaub gegangen wäre. „Sie“ hat ja sowieso im sozialen Bereich gearbeitet, bevor ihre Stelle gestrichen wurde und mit dem Pflegegeld für Oma wird die Stromrechnung bezahlt. Und nach wie vor nutzen viele Männer ungleiche Machtverhältnisse aus. Wie viele Frauen ertragen „ihn“ eben, weil die Alternative Armut oder auch Verlust der Aufenthaltsgenehmigung heißt?

Wenn mal nachgefragt wird, hat das alles letztlich niemand so gewollt. Alles scheint zu funktionieren wie in einer riesigen Maschine, von der niemand mehr weiß, wozu sie gebaut wurde. Ein Rädchen greift immer wieder ins andere. Es gibt noch nicht mal einen Maschinenführer, der die Schalthebel in der Hand hat und den man am Kragen packen könnte. Trotzdem produziert die Maschine systematisch wenige GewinnerInnen und immer mehr VerliererInnen. Schon ein paar Zahlen zeigen das ganz deutlich.

Nehmen wir als Beispiel die Verteilung von Einkommen: Das reichste Zehntel der Bevölkerung in Deutschland erhält 22,3% des gesamten Einkommens, das ärmste Zehntel gerade mal 4,1%. Das Einkommen von EinwanderInnen liegt im Schnitt ein Viertel niedriger als das von Leuten mit deutschem Pass. Genauso ist das Einkommen von Frauen durchschnittlich um ein Viertel geringer als das von Männern. Und wie sieht es weltweit aus? In den 10 reichsten Ländern der Erde liegt das Einkommen pro Jahr und Kopf bei 31.801 Dollar, in den 10 ärmsten Ländern bei 175 Dollar!

Die Verteilungen der Macht sind klar und ein paar bekannte Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Die so genannten Reformen sind nichts anderes als ein gewaltiges Umverteilungsprogramm entlang der altbekannten Linien von Besitz, Geschlecht und Herkunft. Erstens innerhalb von Staaten und zweitens zwischen den reichen und den armen Staaten. Unter dem Schlagwort der Globalisierung werden weltweit Reformen durchgesetzt, die im Kern alle Menschen in Konkurrenz um Arbeitsplätze und Güter wie Nahrung, Wasser, Gesundheit, Bildung usw. hetzen. Was nun auch in den reichen Ländern spürbar wird, heißt für viele von uns in anderen Ländern schon längst täglicher Kampf ums Überleben.

Für viele Menschen bedeuten Reformen, dass sie einem Zwangsapparat gegenüber stehen, der bis hin zu offener Gewalt reicht. Das fängt bei der Verwaltung an. Hilfseinrichtungen wie der SchuldnerInnenberatung oder Frauenhäusern werden die Gelder gestrichen. Auf den Sozial-, Arbeits- und Ausländerämtern werden wir als lästige BittstellerInnen behandelt, abgewimmelt, schikaniert und kontrolliert. Außerdem werden allgemeine Kontroll- und Überwachungsinstrumente der Staaten immer weiter ausgebaut: Personenkontrollen, Videoüberwa-

chung, Rasterfahndung, Lauschangriffe und demnächst die Bundeswehr im Inneren beschneiden unsere Rechte immer weiter. Gegen wen wird sich all das richten – wenn die Unzufriedenheit weiter wächst? Und global herrscht mehr und mehr militärische Gewalt. Das zeigen nicht nur die USA, sondern auch die Aufrüstung Europas und nicht zuletzt Deutschlands mit neuen Truppen wie dem Eurokorps oder dem Kommando Spezialkräfte, die weltweit kämpfen.

Die so genannten Reformen sind nichts anderes als ein gewaltiges Umverteilungsprogramm

Bei vielen Menschen macht sich verständlicher Frust breit, denn scheinbar „kann man ja doch nichts machen“. Diejenigen von uns, die ein Wahlrecht haben, können höchstens noch entscheiden, in welcher Geschwindigkeit die Reformen weiter getrieben werden. Eine Alternative steht nicht zur Wahl. Einstimmig wird von Sachzwängen geredet, an denen angeblich nichts geändert werden kann. Die Maschine muss weiterlaufen, ihr Sinn und Zweck stehen nicht zur Debatte.

Und wie immer, wenn die Zeiten düster werden, geht auch in vielen Köpfen das Licht aus. Wieder mal geht das genauso dumme wie böse Gerücht um, die Juden würden hinter allem stecken. Oder die EinwandererInnen werden zur Wurzel allen Übels erklärt. Die Nation ist wieder in Mode. Das falsche Versprechen von einer heilen Welt. Oder ganz modern: Der Stand-

ort, der gesichert werden muss. Dabei spielen wir uns mit dem Verteidigen von Standorten immer wieder gegeneinander aus und ziehen am Ende nur die Konkurrenzschraube noch weiter an. Manche meinen, der Staat müsste mehr Macht bekommen, Dinge zu verändern. Dabei sind es gerade die Staaten, die die Reformen im Sinne wirtschaftlicher Interessen weltweit mit Gewalt durchsetzen. Dabei sind sie umso effektiver, je weniger Widerstand sich regt.

An vielen Orten der Welt entsteht aber solcher Widerstand gegen unmenschliche Politik. Nie zuvor waren die Chancen so groß, diese lokalen Widerstandspunkte zu einem globalen Netz zu verknüpfen, das überall auf der Welt Druck machen kann für ein würdiges Leben aller Menschen, ohne Armut, Angst und Stress. Für eine solche Globalisierung von unten stehen auch das Weltsozialforum und die vielen lokalen Sozialforen, die derzeit weltweit entstehen.

Für ein Mainzer Sozialforum gibt es viele Gründe.

Nicht nur werden auch hier wie anderswo die Folgen der nationalen und internationalen Politik schmerzlich spürbar, manchmal wird in Mainz auch Politik gemacht, die über das Stadtgebiet hinaus weitreichende Folgen hat. Ein Beispiel ist das Mainzer Modell, mit dem die hiesige Landesregierung den „Kombilohn“ in Deutschland durchdrücken konnte. Damals gab es wenig Protest, in Mainz fast gar keinen. Dabei hätte man hier in Mainz eingreifen müssen. Der Schock aber saß tief, denn jetzt konnten Löhne noch weiter herunter gesetzt werden als man es vorher befürchtet hatte. Die Kombilöhne wurden durch den Staat bezuschusst, aber nur auf Zeit – das war doch klar, oder? Das Kombilohnmodell ist letztes Jahr von der Politik beendet worden, die Diskussion um niedrigere Löhne nicht.

Es macht Sinn, sich zu organisieren: Gegen die staatliche Förderung von prekären Jobs, denn wir brauchen dauerhafte und gute Arbeitsplätze. Dazu braucht es auch Widerstand in den anderen Bereichen, in denen uns die Politik ohnmächtig macht: Lehrstellenmangel, Zeitarbeit, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe. Wer noch nicht drin steckt, steht davor. Und die einzige

Macht, die ich noch habe, ist die Wut auf meine KollegInnen, gegen die ich konkurrieren soll, statt mit ihnen zusammenzuarbeiten. Oder auf die MitbewerberInnen auf eine Arbeitsstelle, die mir vielleicht meine letzte Chance wegnehmen. Oder am besten auf eine noch benachteiligtere Gruppe, der ich alles in die Schuhe schiebe. Viele haben aus der derzeitigen Politik gelernt: „Mehr für mich und weniger für die anderen!“

Da die Stadt nur in Investitionen denkt, will sie in die sozial schwachen Gruppen nicht investieren, denn das zahlt sich für sie nicht aus. Mainz nimmt lieber am Wettkampf benachbarter Städte teil, die abschreckendsten Bedingungen herzustellen, um sozial schlecht gestellte Menschen anderen Kommunen zuzuschieben. Dabei werden lebensnotwendige soziale Leistungen gekürzt. Beispielsweise will die Stadt nicht ausreichend Geld aufbringen, um die Container am Südbahnhof für Obdachlose zu finanzieren, für die aber sonst in der Stadt auch niemand Platz machen will. Im Sozialamt setzt man gegen die immer größere Zahl der Menschen, die Sozialhilfe brauchen, auf mehr Misstrauen,

mehr formelle Hürden und mehr Erniedrigung. Soziale Brennpunkte werden politisch aufgegeben und dem Ordnungsamt und der Polizei überlassen, daran ändert auch das Projekt „soziale Stadt“ nichts, denn niemand schaut dorthin, wo es wirklich brennt. Es lohnt sich für den Stadtrat auch nicht darüber zu reden, dass die Stadt die Bedingungen herstellt, aus denen heraus Zoff und Gewalt entstehen, denn wer ist schon dazu entschlossen das Geld bereitzustellen, das diese Bedingungen ändern kann. Wir haben auch gesehen, was Prävention heißt, nämlich Rauschmiss aus der Stadt: Das eine Mal werden BettlerInnen und Obdachlose aus der Stadt gekarrt, weil sie unerwünscht sind und stören, ein anderes Mal werden die Punks, die sich vorm Theater treffen, bedroht und verjagt. Deswegen brauchen wir auch in der Stadt keinen Präventionsrat, der „kriminelle Zonen“ säubern will, sondern faire Lebensbedingungen für alle.

Auch MigrantInnen erleben, dass sie nicht erwünscht sind und dass die Stadt sie am liebsten schnell wieder loswerden will. AsylbewerberInnen erhalten in Mainz kein Geld, sondern Gutscheine, mit denen sie nur bei Aldi einkaufen können und beim Einkauf erleben sie noch dazu alle denkbaren Gängelungen. Dabei reichen die Gutscheine sowieso vorne und hinten nicht, denn sie decken nur die Hälfte des Sozialhilfesatzes ab. Überall werden MigrantInnen zur Anpassung gezwungen, aber Kurse werden nicht ausreichend unterstützt, Lebensräume für ihre Entfaltung werden nicht gewährt und ohne die Hilfe von Engagierten, die weitgehend ehrenamtlich arbeiten, würde ihnen kaum etwas Gutes widerfahren.

In Ingelheim steht der „Abschiebekomplex“, er ist seit 1999 in Betrieb. Ein Teil wird als Übergangwohnheim für SpätaussiedlerInnen genutzt, der andere Teil ist der Abschiebeknast mit 150 Plätzen. Zu diesem Modellprojekt gehörte für vier Jahre auch die Landesunterkunft für Ausreisepflichtige, in dem Menschen, die we-

gen fehlender Papiere nicht abgeschoben werden können, zur freiwilligen Ausreise gedrängt werden. Das Ziel der Einrichtung ist es, „die Menschen in eine gewisse Stimmung der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit [zu] versetzen“. Für die meisten, die in ein solches „Ausreisezentrum“ eingewiesen werden, wird das Untertauchen zur einzigen Lösung, sie werden in die Illegalität gedrängt. Mittlerweile wird das „erfolgreiche“ Projekt in Trier fortgeführt.

Nicht nur die Schwächsten sollen an den Rand gedrängt werden.

Durch Luxusprojekte wie Fort Malakoff soll die südliche Altstadt, letztlich das Mainzer Zentrum verändert werden. Mit öffentlichen Geldern werden Einkaufszentren, die niemand braucht und in denen Dinge zu kaufen sind, die sich nur bestimmte Gruppen leisten können, der Weg bereitet. Damit wird auch an zentralen Stellen der Stadt öffentlicher Raum weggenommen. Lotharpassage, Fort Malakoff und einige andere Großprojekte lassen sich viel besser „sauber“ halten als eine normale Fußgängerzone, denn sie befinden sich im Privatbesitz. Und mit immer weiter gehenden Gängelungen gegen ein freies öffentliches Leben und Hilfspolizei zeigt das Nachbarland Hessen, welchen Entwicklungen wir uns entgegenstellen müssen. Junge Leute, die am Rheinufer Bier trinken und Familien, die dort grillen, sind für uns keine Gefahr, die eine Gefahrenabwehrverordnung verbieten muss. Wir sehen eine viele größere Gefahr in einer leblosen Stadt ohne Einwohner.

Warum nur können sich die Bedürfnisse einer

bestimmten Gruppe besser durchsetzen als die anderer? Das Neustadt-Palais in der Neckarstraße, die Tiefgarage am Rhein, das „Erlebnisbad“ am Taubertsberg, das doppelt so viel kostet wie die anderen Bäder, der Umbau der Gaustraße, all dies sind nicht die Vorhaben, in denen sich die Mehrzahl der Menschen wieder erkennen kann. Und auch der Umbau des mit allen Kräften steril gehaltenen Bahnhofs scheint sich deswegen gelohnt zu haben, weil die Drogenszene von dort verschwunden sei.

Doch der Alltag einer immer größer werdenden Gruppe von EinwohnerInnen bleibt bei ganz anderen Themen hängen: bei den Strompreisen, bei denen wir alle die Privatisierung finanzieren, bei den Bustickets, die mehr als anderswo kosten und vor allem bei den Mietpreisen. Das Niveau der Mieten in Mainz ist sehr hoch, obgleich durch die immense Bautätigkeit in Mainz sich doch daran etwas hätte ändern können – wenn man die richtigen Projekte angegangen wäre. Aber in den Lokalzeitungen finden sich unzählige Berichte zur Frage, wie viele Geschosse die „hochwertigen“ Wohnungen am Winterhafen haben sollen, von der Zwerchallee hört man nicht viel.

Die Situation in der Stadt ist durch den Zuzug vieler StudentInnen in den letzten Jahren nicht einfacher geworden. Doch die Mieten müssen im Moment nicht ihre Hauptsorge sein. Ab dem Wintersemester werden auch in Mainz Studienkonten eingeführt, die Gebühren von 650 Euro im Semester für die vorsehen, die „zu lange“ studieren. Ein weiteres Beispiel, dass Mainzer Vorhaben auch bundesweit Erfolg haben, denn das in einigen Ländern schon umgesetzte Modell stammt vom hiesigen Wissenschaftsminister. Das ganze ist nicht nur ein Instrument, um willige „Eliten“ heranzuziehen, sondern auch um sozial schwache Schichten kategorisch von Bildungsmöglichkeiten auszuschließen.

Während aber die StudentInnen noch recht gute Chancen auf eine Wohnung haben, verdrängen sie eine andere Gruppe, die sowieso genug Mühe hat, eine faire Behandlung einzufordern. Denn Alleinerziehende brauchen vergleichbaren Wohnraum wie StudentInnen, haben aber meist noch weniger Kohle übrig. Dabei kommt es dann zu einem stillen Verteilungskampf um akzeptablen Wohnraum zwischen Gruppen, denen es im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen beiden nicht besonders gut geht – der Streit wird aber viel zu häufig nicht gegen die geführt, die durch Luxussanierung und realitätsferne Großprojekte das Problem erst herstellen, sondern unter den benachteiligten Gruppen.

Im Ernstfall bricht gerade Frauen die Unterstützung am schnellsten weg.

Lohndumping und Arbeitslosigkeit betreffen in dieser Gesellschaft immer zuerst Frauen, von denen zugleich aber immer noch erwartet wird, dass sie den größten Teil der Hausarbeit und Erziehung leisten. Für Alleinerziehende, die Sozialhilfe erhalten, ist Armut kein Risiko, sondern sehr häufig unausweichliche Realität. Und Beratungsstellen, die durch die Stadt gefördert werden, werden in Zeiten, in denen nicht mehr Geld für Soziales zur Verfügung gestellt wird, schnell gekürzt. 2003 waren es 10%, wer weiß, was dieses Jahr noch kommt. Dabei haben es lokale Projekte besonders schwer, weil ihnen die Stadt schnell und umfassend die Zuwendungen streichen kann. Aber gerade in lokalen Projekten sehen wir die besten Möglichkeiten, in Sichtweite seiner eigenen Probleme sozialen Widerstand zu organisieren und sich für Alternativen einzusetzen.

Was ist ein Sozialforum?

Das Sozialforum versteht sich als öffentlicher und offener politischer Raum. Öffentlich in dem Sinne, dass wir als ein breiter Zusammenschluss Kräfte bündeln und öffentlich sichtbar sein wollen. Wir wollen somit zeigen, dass es Alternativen gibt, um gemeinsam den Druck gegen alle, die Sozialabbau betreiben, zu verstärken. Offen in dem Sinne, dass wir sowohl für Einzelne und auch betroffene Einzelpersonen wie für in Einzelbereichen organisierte Gruppen einen Raum bieten, aktiv zu sein. Das Sozialforum leistet Koordination und versucht, die Initiativen der einzelnen Gruppen zu unterstützen, deren Inhalte zu verbreiten und praktische Aktionen zu fördern. Es versucht, weitere politische Gruppen, Initiativen von Betroffenen und Einzelpersonen in diesen Prozess einzubinden. Auch alle von Kürzungen Betroffenen sind angesprochen: Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, StudentInnen, Kulturschaffende, (chronisch) Kranke, NiedriglohnarbeiterInnen, Initiativen und Gruppen in den entsprechenden Bereichen.

Wenn alle Beteiligten durch den politischen Prozess des Sozialforums an Mut und Kraft gewinnen, dem gesellschaftlichen Protest in unserer Stadt mehr Durchsetzungskraft zu verleihen, kann das Sozialforum dazu beitragen, die resignative Stimmung zu durchbrechen und der Zerstörung des Sozialen durch Kommunal- und Bundespolitik wirksamen Widerstand entgegen zu setzen. Wir wollen uns weder auf die DGB-Vorsitzenden, noch auf die SPD oder grüne Parteitage verlassen. Wir brauchen ein Verständnis von sozialer Sicherheit als ein Recht, nicht als staatliche Freundlichkeit oder als Almosen.

Wir erleben eine zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft. Menschen werden aus dem

Erwerbsleben ausgegrenzt oder in prekäre (d.h. unsichere und oft unterbezahlte) Beschäftigung abgedrängt, die Ungleichverteilung von Lebens- und Beteiligungschancen wächst und die soziale Schieflage bei Einkommen und Vermögen nimmt zu. Das Bildungssystem verfestigt soziale Barrieren, statt sie zu überwinden. Marktlogik und Konkurrenzdenken durchdringen immer mehr Lebensbereiche und prägen das soziale und kulturelle Klima. Der Sozialstaat wird mit gezielten Kampagnen in seinen Fundamenten angegriffen.

„Eigenverantwortung“ ist zu einem Schlagwort geworden, mit dem Lebens- und Berufsrisiken zur Privatsache erklärt werden und den Menschen gesellschaftliche Solidarität entzogen wird. Auf Kritik reagieren PolitikerInnen und ihre BeraterInnen aus Wirtschaft und Wissenschaft einsilbig: „Weiter so! Es gibt keine Alternative“. Dies ist schlicht falsch und auch Betrug an Hoffnungen, Bedürfnissen und Wünschen der Menschen.

Es gibt Alternativen!

1. Es ist an der Zeit, den Widerstand gegen Sozialabbau konstruktiv zu bündeln und zu artikulieren. Wir alle sind, ob wir es wollen oder nicht, Teil des Systems, das wir kritisieren und ändern wollen. Jeder, der hier aktiv ist und von einer gerechteren Welt spricht, kommt also nicht umhin, sich mit den globalen Umständen zu konfrontieren, und keiner von uns kommt dann daran vorbei, auch sich und seine eigenen Ziele und Vorstellungen in diesem Licht und auch kritisch zu sehen.

2. Wir wollen für soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, gleiche Rechte für alle Menschen in Solidarität kämpfen. Wir sind der Überzeugung, dass wir unsere politische Uneinlichkeit in diesem angestrebten Prozess produktiv und kreativ nutzen können. Daher sollten unsere Leitlinien auch nicht auf die Formulierung eines politischen Programms zielen, sondern auf die Formen der Zusammenarbeit zur Entwicklung einer vielgestaltigen emanzipatorischen Kraft.

Bei aller Unterschiedlichkeit beinhaltet doch eine Gemeinsamkeit unserer politischen Orientierung die Gegnerschaft zu einer national bornierten Kritik der Globalisierung. Wer so genannte „deutsche Interessen“, den Reichtum der „Festung Europa“ oder Geschlechterprivilegien verteidigen will, rassistische, antisemitische oder sexistische Inhalte vertritt, ist unser politischer Gegner. Dagegen sind alle eingeladen, sich hier vor Ort für eine Politik sozialer Gerechtigkeit einzusetzen. Die Herstellung von Chancengleichheit für Benachteiligte und Solidarität ist

ein Ziel, das auch weltweit in einen politischen Prozess führen muss.

3. Wir wollen auf dem Weg zu einer anderen Welt auch wirklich neue Wege gehen, dabei ist wichtig, wie verfahren wird, wie wir miteinander umgehen und wie bestimmte Ziele gemeinsam ausgearbeitet und erreicht werden. Wir wollen die Idee eines politischen Netzwerkes in die Praxis umsetzen. Vernetzung bedeutet für uns eine emanzipatorische Form der Globalisierung und heißt Strukturen zu entwickeln, in denen gleichberechtigte Gruppen und Personen mit einander in einem Raum ohne Hierarchie zusammenarbeiten.

Wir sind keine Partei, wir wollen themenorientiert arbeiten, uns eigenständig in Arbeitsgruppen organisieren. Geplant sind z.B. Arbeitsgruppen zu den Themen Arbeitslosengeld, Sozialleistungen und Gesundheitsreform. Es gibt also viel Raum, reinzuschnuppern, mitzumachen, aktiv zu werden und nicht mehr zu resignieren.

Informationen über uns und unsere Themen gibt es unter

www.sozialforum-mainz.de

Ihr könnt uns auch schreiben, nämlich an: sozialforum-mainz@gmx.de

Wir laden Euch zur Mitarbeit im Sozialforum ein.

Wir treffen uns jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat um 19:30 Uhr im Interkulturellen Zentrum in der Rheinallee 3d (Ecke Kaiserstraße).

Unser nächstes Treffen findet statt am

**17. Juni, 19:30 Uhr im
Interkulturellen Zentrum.**

Kommt vorbei, wir freuen uns.

Sozialforum Saar ,



Das Sozialforum Saar trifft sich nunmehr seit rund zwei Jahren jeden ersten Montag im Monat, um aktuelle Themen aus den Bereichen Bildungs-, Sozial- und Umweltpolitik zu diskutieren.

Im ersten Jahr beschäftigten wir uns schwerpunktmäßig mit den GATS-Verhandlungen und dort insbesondere mit den Bereichen öffentliche Daseinsvorsorge und Wasserversorgung. Hierzu führten wir auch mehrere öffentliche Veranstaltungen durch.

Das vergangene Jahr war durch die Diskussion um die EU-Verfassung geprägt, wozu auch vom Sozialforum mehrere Veranstaltungen durchgeführt wurden.

Nun droht durch die Bolkestein-Richtlinie ein erneuter, umfassender Angriff auf die öffentliche Daseinsvorsorge und die sozialen Sicherungssysteme. Mit dieser Richtlinie zur Liberalisierung von Dienstleistungen im Binnenmarkt möchte EU-Kommissar Bolkestein nicht nur den Dienstleistungsbereich deregulieren, sondern auch gleich weite Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Sozialsysteme dem privaten Markt zugänglich machen. In den EU-Staaten arbeiten rund 70% aller Beschäftigten im Dienstleistungssektor der nun dem Weltkapitalmarkt geöffnet werden soll.

Von der neuen Richtlinie sind alle Branchen betroffen, die bisher nicht durch eigene Richtlinien liberalisiert waren. Dazu zählen z.B. Zeitarbeiter, Baudienstleistungen, Wachschatz, Fremdenverkehr, aber auch Altenpflege, sonstige Gesundheitsdienstleistungen, der öffentliche Nahverkehr und die Abfallent- und Wasserversorgung.

Am 14. Februar 2006 will das Plenum des Europäischen Parlaments über die Bolkestein-Richtlinie abschließend befinden. Das muss mit vereinten Kräften von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Kirchen verhindert werden.

Statt der Bolkestein-Richtlinie fordern wir ein soziales und ökologisches Europa mit der Angleichung sozialer Standards nach oben. Um diese Forderungen zu erreichen, findet am 11. Februar 2006 eine europaweite Demonstration in Straßburg statt. Nach der Ablehnung der EU-Verfassung muss den neoliberalen Europäern in Straßburg eine politische Niederlage bereitet werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Sozialforums bildet der Bildungsbereich. Nachdem auch die neueste Pisa-Studie zeigt, dass Kinder aus gut situierten Elternhäusern bessere Chancen auf eine gute Bildung und damit auf positive Lebensaussichten haben, als Kinder aus Elternhäusern unterer Schichten wird es Zeit, die Struktur des Bildungssystems grundlegend zu verändern.

Dazu stellte uns z.B. Prof. Dr. Bernhard Hauptert (Saarbrücken) sein neues Buch über die „Kinderschule Amalie Struve“ vor. Ziel dieses bundesweit einmaligen Modellprojekts, welches von der Stadt Rastatt durchgeführt wird, ist die frühe Bildungsförderung von a) Kindern aus „spracharmen Milieus“ und b) von Kindern nicht-deutscher Muttersprache. Am 6. März 2006 werden wir mit dem Bundeselternrats-Vorsitzenden Winfried Steinert aus Berlin diese Diskussion um die Bildung der Kinder fortsetzen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Jahr 2005 bildete die Diskussion um die Folgen der sog. Hartz IV-Reformen. Dazu sprach am 5. Dezember 2005 zu „Ein Jahr Hartz IV - Hartz IV und die Auswirkungen“ Egbert Ulrich (KAB), der als Vorsitzender der saarländischen Armutskonferenz über die Auswirkungen aus erster Hand berichtete. Fakt ist: mit diesem sog. Reformmodell wird der Arbeitslose bekämpft, und nicht die Arbeitslosigkeit. In Saarbrücken finden dazu vom Bündnis gegen Sozialkahlschlag/Weg mit Hartz IV Montagsdemonstrationen statt. So am 19. Dezember 2005 die 68. Montagsdemonstration in Folge.

Waltraud Andruet für pax christi saar



Von der Eröffnung des Dokumentations- und Begegnungszentrums in Hinzert (vgl. andere Seite)



Sozialforum Saar

3. Veranstaltungen

- **2004**
 - Vortragsveranstaltungen mit Diskussion
"Privatisierung öffentlicher Infrastruktur - GATS und Wasser"
 - Teilnahme mit **INFO-Stand** am 1. Mai mit **Unterschriftensammlung** gegen die Privatisierung des Entsorgungsverbandes Saar
 - Vortragsveranstaltungen
"Privatisierung der Wasserwirtschaft- Konsequenzen für die Bürger"
 - Gemeinsame Infoveranstaltung mit dem Zukunftsbündnis über den Widerstand gegen die Wasserprivatisierung in Südafrika
"Die Welt ist keine Ware - Widerstand gegen Privatisierung der Wasserwirtschaft und Alternativen"
- **2005**
 - Diskussionsveranstaltung
"Hartz IV und wir - Protest und Alternativen"
 - Podiumsdiskussion zur EU-Verfassung
"Unser Nein zu dieser EU-Verfassung - ist ein Ja zu Europa"
 - Vortragsveranstaltungen EU-Dienstl.richtlinie
"Führt die Dienstleistungsrichtlinie zu Lohn- und Sozialdumping?"
 - Vortragsveranstaltung
"Liberalisierung des Energiemarktes und seine Auswirkungen"

Kontakt: Sozialforum Saar c/o Waltraud Andruet, Tel.: 06838/82220 E-Mail: waltraud_andruet@t-online.de



Sozialforum Saar

Veranstaltungsbilder



Veranstaltung
"Unser Nein zur EU-Verfassung-
ist ein Ja zu Europa"



Teilnahme an der 1. Mai-Demo
im Deutsch-Französischen-
Garten in Saarbrücken



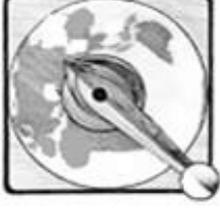
Veranstaltung
"Privatisierung der
Wasserwirtschaft"



Veranstaltung zur Wasserprivatisierung
in Südafrika mit Eddy Cottie

Kontakt: Sozialforum Saar c/o Waltraud Andruet, Tel.: 06838/82220 E-Mail: waltraud_andruet@t-online.de

Sozialforum Saar



Das Sozialforum Saar will im Sinne des Weltsozialforums wirken und regionale Aktivitäten initiieren und mit unterstützen. Ziel des Sozialforums ist es, die durch die neoliberale Politik hervorgerufenen Veränderungen im sozialen Bereich zu dokumentieren, an die Öffentlichkeit zu bringen und den Widerstand mit zu organisieren.

So soll ein Forum geschaffen werden, in dem Menschen und Gruppen mit ganz unterschiedlichen Ansätzen, Hintergründen und Erfahrungen gemeinsam diskutieren, nach Lösungen suchen und Aktionen planen können. Wir wollen aufzeigen, dass das, was unter dem Stichwort Globalisierung geschieht, auch die Kommunen und die Landesebene betrifft. Unsere Veranstaltungen stellen den von der Politik als unvermeidlich dargestellten Prozess der Privatisierung von Gemeinschaftsaufgaben in Frage.

Wir sagen nein zu einem System, das die Lebensqualität von Menschen der unendlichen Vermehrung des Kapitals unterwirft und dies mit Strategien der Gewalt nach innen und außen absichert.

Kontakt: Sozialforum Saar c/o Waltraud Andruet, Tel.: 06838/82220 E-Mail: waltraud_andruet@t-online.de



Sozialforum Saar



Sozialforum Saar



Sozialforum Saar

Wer?

Was?

Wie?

Wann?

Wo?

Wer

trägt das Sozialforum Saar?

Im Sozialforum Saar haben sich Menschen der verschiedensten Gesellschaftsgruppen, u.a. aus Kirche, Gewerkschaft, Politik, und auch globalisierungskritische Initiativen sowie eine Reihe von Einzelpersonen zusammengefunden.

Was

wird im Sozialforum Saar behandelt?

Aktuelle Themen wie:

- **WTO:** Globalisierung der Dienstleistungen über das Handelsabkommen GATS
- **EU:** Verfassung u. Dienstleistungsrichtlinie, Liberalisierung u. Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge
- **Deutschland:** z.B. Privatisierung Wasserwirtschaft, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Harz IV und Bildung

Kontakt: Sozialforum Saar c/o Waltraud Andruet, Tel.: 06838/82220 E-Mail: waltraud_andruet@t-online.de

Wie

werden die Themen aufbereitet?

Zum jeweils aktuellen Thema gibt es ein einführendes Referat. Anschließend wird nach eingehender Diskussion das weitere Verfahren abgestimmt, vorbereitet und letztendlich durchgeführt.

Beispiele der Verfahrensarten:

- * Veranstaltungen in Form von
 - Podiumsdiskussionen
 - Vortragsveranstaltungen
 - Informationsveranstaltungen
- * Infostände
- * Unterschriftaktionen
- * Versendung offener Briefe an politische Entscheidungsträger

Wann und wo

trifft sich das Sozialforum Saar?

Wir treffen uns jeden ersten Montagabend im Monat um 18:00 Uhr, meistens in der katholischen Hochschule, Saarbrücken-Rastpfuhl. Die Einladung, mit eventuell abweichendem Tagungsort erfolgt vorab per E-Mail für den bekanntesten Personenkreis bzw. über die Presse. Jeder neue Interessent ist bei uns herzlich Willkommen.

Kontakt: Sozialforum Saar c/o Waltraud Andruet, Tel.: 06838/82220 E-Mail: waltraud_andruet@t-online.de

Unsere bisherige Arbeit

1. Schwerpunktthemen:

- Internat. Dienstleistungsabkommen (GATS) der Welthandelsorganisation (WTO)
- Angedachte **Privatisierung** der Abwasserwirtschaft im Saarland
- **EU-Verfassung**
- **EU-Dienstleistungsrichtlinie** (Bolkesteinpapier)
- **Bildungssystem**
- Reformen **Hartz IV**
- Auswirkungen der

Liberalisierung der Energiewirtschaft



Ein Slogan des Sozialforum Saar

2. Offene Briefe zur:

- * **EU-Verfassung** an alle saarländischen Landtags- und Europaabgeordneten, den Bundeskanzler sowie die Parteivorsitzenden von SPD, CDU, Bündnis 90 und FDP
- * **EU-Dienstleistungsrichtlinie** an den saarländischen sowie rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und die Bundestags und Europaabgeordnete des Saarlandes

Kontakt: Sozialforum Saar c/o Waltraud Andruet, Tel.: 06838/82220 E-Mail: waltraud_andruet@t-online.de

Schweinfurt

Forum für soziale Gerechtigkeit in Schweinfurt gegründet!

Am 13.02.04 gründete sich im DGB-Haus unter der Leitung des DGB-Regionsvorsitzenden Frank Firsching ein soziales Forum, das sich zur Aufgabe gestellt hat, den Widerstand gegen den aktuellen Sozialabbau (Agenda 2010, Hartz-Gesetze, usw.) zu bündeln und zu entwickeln. Darüber hinaus will das Bündnis in Arbeitsgruppen solidarische Alternativen zur derzeitigen neoliberalen Sozialkalkulation entwickeln.

Beteiligt waren: Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der evang. Kirche (afa), attac (GlobalisierungskritikerInnen), Bund der katholischen Jugend (BDKJ), DGB, DGB -Jugend, Deutsche Friedensgesellschaft -Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG/VK), Evang. Arbeitsgemeinschaft für soziale Fragen (EAG), Frauenverband Courage e. V., Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt (IG BAU), Industriegewerkschaft Metall (IGM), Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), Katholische Betriebsseelsorge, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA), Kulturverein Solidarität e. V., Schweinfurter Arbeitsloseninitiative (SALI), Schweinfurter Friedensratschlag, Sozialverband VdK, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), ver.di-Bezirkserwerbslosenausschuss sowie weitere Einzelpersonen.

Als inhaltliche Grundlage diente ein Papier von Frank Firsching, das von der Versammlung angenommen wurde und das wir unten dokumentieren. Hauptsächlich sollen folgende Politikfelder bearbeitet werden: Steuerpolitik, Vermögensverteilung; Sozialpolitik, inkl. der Sozialversicherungssysteme; Arbeitsmarktpolitik; Regionale Strukturpolitik; EU -Politik.

Auch bei der Struktur u. Arbeitsweise gab es weitgehende Einigkeit: Die Verbände, Organisationen und Initiativen sind formal gleichberechtigt und können bis zu drei stimmberechtigte Personen ins Plenum entsenden. Das Plenum entscheidet nach dem Mehrheitsprinzip, strebt jedoch Konsenslösungen an. Die Mitarbeit von Parteien oder Parteistrukturen ist nicht möglich. Das Bündnis wird nach außen von fünf SprecherInnen vertreten, die auch zu den Plenumsitzungen einladen und diese vorbereiten. Als Organisationsbüro dient das DGB -Büro, Wilhelm-Leuschner-Str. 2, 97421 Schweinfurt, Tel. 09721/7042-0.

Einzig beim Namen gab es widersprüchliche Ansichten, was bei dem breit gefächerten Spektrum auch nachvollziehbar ist. So wurde der ursprünglich von der Vorbereitungsgruppe um Frank Firsching vorgeschlagene Name "Forum für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" mehrheitlich abgelehnt. Nach der Abstimmung mehrerer Alternativvorschläge setzt sich dann beim zweiten Treffen der Name "Forum für soziale Gerechtigkeit" mehrheitlich durch.

Ebenfalls auf dem zweiten Treffen gründeten sich folgende sechs Arbeitsgruppen: AG Gesundheitspolitik; AG Rentenpolitik; AG Arbeitsmarktpolitik; AG Wirtschafts- u. Steuerpolitik, Vermögensverteilung; AG Regionale Strukturpolitik; AG Europapolitik. Die Arbeitsgruppen organisieren sich autonom und können weitere Interessierte integrieren. Sie arbeiten zu den jeweiligen Themenfeldern und bringen ihre Ergebnisse ins Plenum ein.

Die erste gemeinsame Aktion ist die Mobilisierung zum europaweiten Aktionstag am 3. April. Zu diesem Zweck finden am Samstag, 20.03. (Jahrestag des Irakkrieges) in der Innenstadt Informationsstände, Aktionen und Unterschriftsammlungen statt, die sich gegen Lohnraub und Sozialabbau, aber auch gegen Militarisierung und Krieg richten und zur Teilnahme an den Großdemonstrationen am 03.04. aufrufen. Am Samstag, 02.04.04, führen Teile des Bündnisses (SALI, ver.di-Erwerbslosenausschuss, Frauenverband Courage, DFG/VK, attac, Kulturverein, Friedensratschlag) nochmals am Postplatz ab 10.00 Uhr Aktionen und Informationsstände durch.

Am Samstag, 03.04.04, fahren Busse des DGB kostenlos nach Stuttgart zur Großdemonstration. Anmeldung und weitere Infos beim DGB, Wilhelm-Leuschner-Str. 2, 97421 Schweinfurt, Tel. 7042-0.

Forum Soziale Gerechtigkeit Schweinfurt

Plenum am 29.11.2005, DGB-Haus

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

Entschuldigt: Peter Kippes, Werner Neubauer, Johannes Schader, Jürgen Schenk, Roland Steuerwald

1. Evi Pohl begrüßt im Namen des SprecherInnen-Teams die anwesenden PlenumsteilnehmerInnen.

2. *Wie geht es mit unserem Forum weiter?*

Peter Hartlaub stellt im Namen des SprecherInnen-Kreises eine Bewertung der bisherigen Arbeit des Forums und einen Vorschlag für die Weiterarbeit des Forums vor. Die Notwendigkeit, das Forum als Ort des inhaltlichen Austauschs zwischen den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und kirchlichen Arbeitnehmerorganisationen und als Ort der Koordination der Aktivitäten der einzelnen Organisationen weiter zu führen, steht für die SprecherInnen fest. Allerdings sehen sie in den Arbeitsgruppen eine Struktur, die aufgrund der intensiven zeitlichen Belastung und des hohen inhaltlichen Anspruchs von uns nicht entsprechend mit Leben gefüllt werden konnte. Weiterhin hat das Vorziehen der Wahl die Zielorientierung, sich inhaltlich mit durchgesprochenen Positionen zur Bundestagswahl 2006 zu Wort zu melden, durchkreuzt.

Deshalb soll das Forum in folgender Form weiter geführt werden:

- Das Forum trifft sich zu fünf Terminen pro Jahr im Plenum. Dabei soll jeweils die inhaltliche Auseinandersetzung mit einem Thema im Mittelpunkt stehen, für dessen inhaltliche Vorbereitung jeweils der SprecherInnenkreis evtl. zusammen mit anderen Forums-Teilnehmern verantwortlich ist. Aus der inhaltlichen Befassung soll dann jeweils eine öffentliche Stellungnahme erfolgen. Weiterhin dienen die Plenumssitzungen der Koordination der Aktivitäten der unterschiedlichen Gruppen in Schweinfurt, aber auch der Vernetzung mit überregionalen Aktivitäten der Sozialforen in Deutschland. Weiterhin sind auch Veranstaltungen des Forums denkbar, die dann von einer adhoc-Gruppe vorbereitet werden können.
- Die Arbeitsgruppen werden als Struktur nicht weiter geführt. Allerdings gibt es die Möglichkeit, dass Arbeitsgruppen, die weiter arbeiten wollen, gerne weiter arbeiten können.

Wolfgang Ziller plädiert dafür, dass das Forum weiter aktiv bleibt und sich zu Wort meldet zu den Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, denn die Politik wird sich nicht wesentlich verändern durch die große Koalition. Es bleibt notwendig, sich aus der Sicht der einfachen Leute zu Wort zu melden.

Eva Loos teilt die Bewertung der bisherigen Arbeit des Forums und plädiert dafür, sich entsprechend des Vorschlags des SprecherInnenkreises neu zu organisieren.

Ulrich Werner plädiert im Namen der KAB dafür, als Forum weiter zu arbeiten, aber die Strukturen realistisch an die zeitlichen Ressourcen gerade auch der Ehrenamtlichen anzupassen und so eine effektive Zusammenarbeit weiter zu gestalten.

Joachim Fiedler sieht angesichts der Kürzungspläne im sozialen Bereich, v.a. Hartz IV, die Notwendigkeit, dass das Forum weiter arbeitet und auch öffentlich Stellung bezieht.

Kathi Petersen sieht den Vorschlag des SprecherInnenkreises als sachgerechte Weiterentwicklung des Ansatzes des Forums. Sie ist davon überzeugt, dass die Politik der neuen Bundesregierung uns genug Ansatzpunkte bieten wird für die inhaltliche Arbeit des Plenums. Sie sieht eine wichtige Aufgabe des Forums auch darin, dem neoliberalen Mainstream öffentlich Alternativen und neue Gedanken entgegen zu setzen.

Dieter Westerhold und German Saam plädieren dafür, stärker an die Öffentlichkeit zu gehen in sozialpolitischen Fragestellungen.

Jürgen Wilk plädiert dafür, die Entwicklung der regionalen Arbeitsmarktstrukturen in einer Arbeitsgruppe intensiv zu beobachten.

Frank Firsching sieht darin ein mögliches Thema für eine inhaltliche Befassung bei einer Plenumssitzung mit Hilfe z.B. eines Mitarbeiters der Agentur für Arbeit. Dies wird von Jürgen Klose unterstützt.

Wolfgang Ziller plädiert dafür, sich inhaltlich nicht zu überfordern in den Arbeitsgruppen, indem die Ziele zu hoch gehängt werden.

1. Große Koalition – Diskussion über die politische Lage

Frank Firsching führt in das Thema ein:

Angela Merkel als erste ostdeutsche Kanzlerin ist auch die Kanzlerin, deren Partei das schwächste Wahlergebnis einer Kanzlerpartei in der Republik eingefahren hat.

Er wertet das Wahlergebnis so, dass es für die neoliberalen und marktliberalen Positionen von CDU/CSU und FDP keine Mehrheit gegeben hat. Die Mehrheit hat mit den Stimmen für SPD/GRÜNE/LINKSPARTEI deutlich gemacht, dass sie eine sozialere Politik haben will.

Konkrete Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen:

- 3 % Mehrwertsteuer-Erhöhung ab 2007 entgegen den Positionen der SPD vor der Wahl: Belastung von 20 Mrd. € hauptsächlich für die kleinen Leute
- „Reichensteuer“ bringt etwa 1 Mrd. €, was aber weitaus weniger ist, als eine Vermögenssteuer oder Erbschaftssteuer erbringen würde, die den Maßstäben anderer Industrieländer entspricht.
- Belastungen für die Rentner aufgrund der nicht erfolgenden Rentenanpassung für die nächsten fünf Jahre, die durch die Inflation einer Rentenkürzung gleich kommt
- Rente mit 67
- Entlastung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung: 1 % durch Mehrwertsteuer (Belastung für viele, die von der Arbeitslosenversicherung nicht profitieren) und 1 % durch Kürzungen in der Arbeitslosenversicherung (aktive Arbeitsmarktpolitik, Hartz IV).
- In der Frage des Gesundheitssystems wird sich aus Franks Einschätzung nichts Substantielles bewegen.
- Einschränkung beim Kündigungsschutz durch Verlängerung der Probezeit auf 24 Monate mit der Gefahr, dass sich die Mentalität bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern weiter verändert in Richtung „Hire and Fire“.
- Positiv sieht Frank, dass es in der Tarifautonomie und bei den Mitbestimmungsrechten keine Veränderungen gegeben hat bzw. geben wird.

Nach Franks Einschätzung wird diese Koalition einige Jahre entsprechend dem „Weiter so“ in Richtung neoliberaler Mainstream arbeiten, ohne dass sie v.a. das Problem der Massenarbeitslosigkeit lösen zu können.

Franks Wertung des Wahlergebnisses wird nicht von allen geteilt: Einige sehen die Stimmen für die SPD und auch Grüne nicht unbedingt als Stimmen für eine sozialere Politik, sondern durchaus auch als Bestätigung der unsozialen Agenda2010-Politik. Damit sehen sie als Stimmen für eine wirkliche politische Alternative 8,7 %. Vor allem aber sehen sie aus diesem Wahlergebnis die Notwendigkeit eines verstärkten außerparlamentarischen Engagements gegen die neoliberale Politik gegeben, weil der neoliberale Mainstream nach wie vor sehr öffentlichkeitswirksam ist. Dazu braucht es die Diskussion in den je eigenen Organisationen und auch die öffentliche Stellungnahme.

Die eigentliche Aufgabe ist nach Einschätzung vieler Plenumsmitglieder, der neoliberalen Stimmungsmache, die in vielen Herzen und Köpfen auch von Arbeitnehmern herrscht, deutlich Alternativen entgegen zu setzen. Dazu ist nach Einschätzung von Jürgen Wilk notwendig, dass sich die unterschiedlichen Gegenbewegungen inhaltlich auseinandersetzen und gemeinsame Positionen und Aktionen entwickeln. Hier sieht er durchaus Fortschritte in der Entwicklung eines sehr breiten, nicht thematisch engen Widerstands, sondern eher im Sinne einer thematisch breit angelegten außerparlamentarischen Opposition.

Kathi Petersen plädiert dafür, nicht generelles Misstrauen in die Politiker und das politische System zu säen, sondern für das weitere ausdauernde demokratische Engagement für politische Veränderungen.

Eva Loos sieht, dass die große Koalition und die Kanzlerin Merkel nicht dem Wählerwillen entspricht.

Peter Hartlaub findet die Diskussion über die Frage des Wählerwillens nicht zielführend, sondern sieht es als notwendig an, die Beschlüsse des Koalitionsvertrags genauer zu betrachten und nach Ansatzpunkten für die Vermittlung von Alternativen zu suchen. Er sieht den Koalitionsvertrag als nicht rein neoliberalistisch, sondern durchaus auch Gegenströmungen z.B. durch den Beschluss eines staatlichen Investitionsprogramms trotz der stets beschworenen Finanzknappheit. Er sieht die Hauptansatzpunkte im Moment in den Themen „Steuergerechtigkeit“, „Sparen um jeden Preis zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien“, „Rente“ und „Reform des Gesundheitssystems“. Frank Firsching warnt davor, das Investitionsprogramm als staatliches Konjunkturprogramm im Sinne der Gewerkschaften zu werten, weil der Umfang dafür zu gering ist. Er betont, dass es weiterhin die Diskussion zwischen den Organisationen und innerhalb der Organisationen braucht. Er sieht einen möglichen Ansatzpunkt z.B. in der Veränderung des Abgeordnetengesetzes, die angedacht wird.

Jürgen Wilk sieht den Koalitionsvertrag als Fortsetzung des neoliberalen Mainstreams, in dem die Volkswirtschaft wie eine Betriebswirtschaft gelenkt wird.

2. Verschiedenes und Weiterarbeit

Der SprecherInnen-Kreis schlägt an Terminen vor:

14. Februar, 25. April, 27. Juni, 19. September und 14. November.

Es handelt sich jeweils um Termine am Dienstag, 18.30 Uhr. Die Treffen finden jeweils im DGB-Haus statt.

An Themen werden vorgeschlagen:

- Steuergerechtigkeit incl. Bekämpfung des Steuerbetrugs
- Rente
- Reform des Gesundheitssystems
- Bolkestein-Richtlinie bzw. EU-Verfassung
- Grundsicherung/Mindestlohn

Jürgen Wilk berichtet von einer Aktionskonferenz in Frankfurt, bei der die Themen Grundsicherung / Mindestlohn und Bolkestein-Richtlinie als zentrale Mobilisierungsthemen beschlossen wurden.

Für den 14. Januar ist eine europaweite Kundgebung in Straßburg zur Bolkestein-Richtlinie geplant.

Am 04. März sollen dezentrale Aktionstage zum Thema EU-Verfassung durchgeführt werden.

Noch im Frühjahr soll eine bundesweite Demonstration in Berlin gegen weiteren Sozialabbau und die neoliberalistische Politik stattfinden.

Dienstag, 13.12., 19.30 Uhr (wahrscheinlich DGB-Haus): Veranstaltung des verdi-Bezirksfrauenausschusses zum Thema „Weltweite Produktionsbedingungen“ in Kooperation mit WEED.

Für die Veranstaltung am 14. Februar schlägt Frank Firsching vor, jemanden von der Agentur für Arbeit einzuladen, der zur regionalen Arbeitsmarktsituation und zur Frage der Verwendung der Mittel für Qualifizierung Stellung nimmt. Dieser Vorschlag wird angenommen.

Frank Firsching berichtet von einer Anfrage der Europa-Union, pro Jahr eine Veranstaltung mit Partnern (Parteien, Gewerkschaften) gemeinsam durchzuführen. Frank hat vorgeschlagen, im Frühjahr als DGB und als Forum Soziale Gerechtigkeit mit der Europa-Union eine Veranstaltung zur Bolkestein-Richtlinie durchzuführen. Er wird dazu Kontakt mit der Europa-Union aufnehmen.

Jürgen Wilk berichtet von Planungen für den 10. Dezember, für den Tag der Menschenrechte am Postplatz eine Infostand-Aktion zum Thema „Soziale Menschenrechte“ durchzuführen, bei der für die Kundgebung am 14. Januar in Straßburg mobilisiert werden soll.

für das Protokoll

Schweinfurt, 29.11.2005

Peter Hartlaub

ORGANISATORISCHES

Wegbeschreibung :

- **Buslinie 10/11 vom Bhf. Richtung Schelfwerder (Station Schelfmarkt)**
- **Kinderbetreuung**
- **Versorgung mit Getränken**
- **Mittagessen 3,00 Euro**
- **Infostände auf dem Markt der Möglichkeiten**
(Anmeldung bis spätestens 15.04.2005 im Bürgerbüro; Tel.: 0385 – 208 87 81)

PROGRAMMABLAUF

9.30	Meditation in der Schelfkirche
10.00 bis 11.15	Eröffnungsveranstaltung
11.15 bis 11.30	Pause
11.30 bis 13.00	Treffs zu den Themen
13.00 bis 14.00	Mittag
14.00 bis 14.30	Kulturprojekt
14.30 bis 16.00	Treffs zu den Themen
16.00 bis 16.15	Pause
16.15 bis 17.00	Plenum Ergebnisse

Unterstützer sind u. a. :

- **Aktionsbündnis "Sicherheit des Sozialstaates Schwerin"**
- **attac – Schwerin und Wismar**
- **BUND - Schwerin**
- **Gemeinschaft Olgashof**
- **Stiftung Mitarbeit**
- **Volkshochschule Schwerin**

17.15 bis 19.00

Treffen der sozialen Bewegungen

Veranstaltet vom Aktionsbündnis „Sicherheit des Sozialstaates Schwerin“ und der Vorbereitungsgruppe des Sozialforums

Wenn du mit anderen ein Schiff bauen willst, so
beginne nicht mit ihnen Holz zu sammeln,
sondern wecke in ihnen die Sehnsucht nach
dem großen weiten Meer.

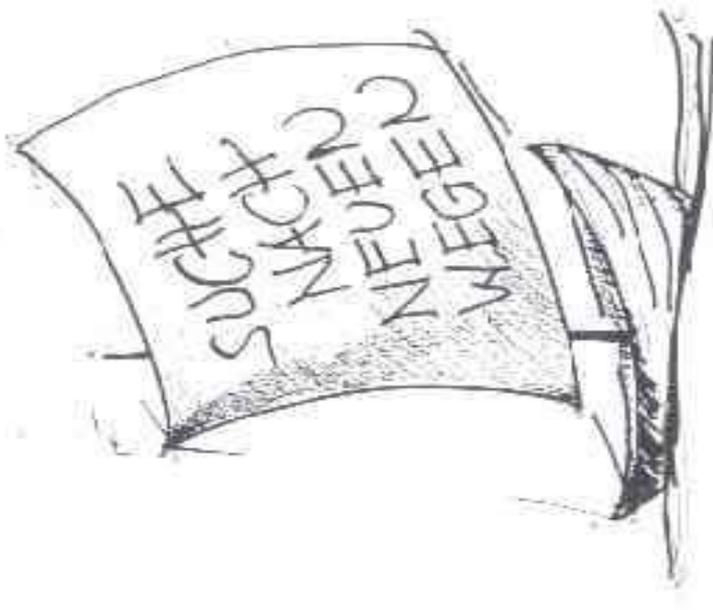
(Antoine de Saint Exupery)

SOZIALFORUM Westmecklenburg

Eine Initiative für Gerechtigkeit, Frieden und Umweltbewahrung

23. April 09:30 – 19:00 Uhr

Volkshochschule Schwerin Puschkinstrasse 13



Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus der Region Westmecklenburg,

zum ersten Mal wollen wir in der Region Westmecklenburg ein regionales Sozialforum durchführen. Wir reihen uns damit ein in den weltweiten Prozess der Sozialforumsbewegung.

Im südbrasilianischen Porto Alegre fanden sich 2001 zum ersten Mal Menschen aus aller Welt unter der Losung „Eine andere Welt ist möglich“ zusammen. In den folgenden Jahren wurden neben den jährlich stattfindenden weltweiten Foren auch europäische Sozialforen durchgeführt.

Grundlegend für das Selbstverständnis des Sozialforums ist die Charta der Grundsätze des Weltsozialforums.

Darin heißt es u. a. :

„Das Sozialforum ist ein offener Raum der Begegnung zur Vertiefung des Nachdenkens, für eine demokratische Debatte von Ideen, für die Formulierung von Vorschlägen, für den freien Austausch von Erfahrungen und für den Aufruf zu wirksamen Aktionen. Dieser Raum wird geschaffen von Gruppen, Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich dem Neoliberalismus und der Herrschaft der Welt durch das Kapital... widersetzen und sich für den Aufbau einer globalen Gemeinschaft einsetzen, die sich auf fruchtbare Beziehungen zwischen den Menschen und den Menschen mit der Erde gründet.“

Vor einem Jahr hat sich in Schwerin eine Gruppe zusammengefunden, die aus diesem Geist der Charta auch in unserer Region ein Forum durchführen wollte.

Wir möchten Sie nun alle herzlich einladen, sich zu diesem Forum auf den Weg zu machen um dort Ihre ganz eigenen Erfahrungen zu sammeln und gegenseitig mitzuteilen.

Im Namen der Vorbereitungsgruppe grüßt Sie

Heiko Lietz
Koordinator

„Arbeitsgruppen und Themen „

Kommunen

1. Wie ausreichend selbstständig und eigenverantwortlich ist gegenwärtig die Kommunalpolitik?
2. Welche Ursachen und Folgen hat die Privatisierung öffentlicher Güter?
3. Wie steht es gegenwärtig um die Vorbildfunktion der Führungskräfte in Verwaltung, Politik und Wirtschaft?

Bürgermitwirkung - Demokratie

1. Bestandsaufnahme einer verkümmerten Demokratie
2. Wünsche und Perspektiven für eine zukünftige Gesellschaft
3. Konkrete Schritte auf dem Wege zu einer gelingenden Demokratie

Arbeitswelt-Erwerbsarbeit in der Krise

1. Nicht zuwenig Arbeit, sondern zu wenig Erwerbsarbeit gibt es.
 2. Nicht mehr Erwerbsarbeit, sondern ausreichend Mittel zum Leben sind notwendig.
 3. Wie müssen Staat / Wirtschaft und wie können Erwerbslose handeln ?
-

„Arbeitsgruppen und Themen „

Rechtsradikalismus

„ Sozial + National = ? “
Alte Antworten auf neue Strategien der Neonazis ?

Rechtsextremisten besetzen offensiv gesellschaftliche Themen und versuchen, Demokratie und Menschenrechte in Frage zu stellen!

Welche Antworten hat die Bürgergesellschaft in Westmecklenburg auf diese Herausforderungen?

Im Workshop sind Ihre Erfahrungen und Ideen gefragt !

Alternative Lebensweisen

1. Ist eine andere Welt möglich ?
Wie ist sie möglich ?
 2. Was kann ich persönlich tun ?
 3. Wie kann eine alternative Lebensweise - voll mit Körper Geist und Seele - zukunftsfähig gestaltet werden ?
-

Einleitungsrede auf dem Regionalen Sozialforum am 23. 4. 2005 in Schwerin

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, sehr geehrte Damen und Herren,

Zu unserem 1. Sozialforum in der Region Westmecklenburg möchte ich Sie alle recht herzlich begrüßen. Wir reißen uns damit ein in den Reigen schon durchgeführter regionaler und lokaler Sozialforen und dem im Juli 2005 erstmals stattfindenden Sozialforum in Deutschland. Diese Foren sind ein notwendiger Schritt, um die wichtigen Impulse der globalen und europäischen Sozialforen, die seit 2001 durchgeführt wurden, auch auf der regionalen, kommunalen sowie bundesweiten Ebene aufzunehmen und schöpferisch umzusetzen.

Was für eine Welt finden wir heute vor und wie nehmen wir sie wahr?

Obwohl sich viele um eine nachhaltige, gerechte und tragfähige Entwicklung unserer Welt bemühen, verschärfen sich die Krisen unserer Zivilisation. Der Grund ist unser fehlgeleitetes Wirtschaftssystem mit seiner ungerechten Eigentums- und Geldordnung. Es ist fehlgeleitet, weil es vor allem die großen Geldvermögen mehrt und zu ständigem Wirtschaftswachstum zwingt, statt alle Menschen im gegenseitigen marktwirtschaftlichen Austausch ausreichend mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen. Weil das so ist,

- werden überall die Reichen reicher und die Armen ärmer und zahlreicher,
- drängen Markt und Wettbewerb in alle Lebensbereiche vor und zerstören menschliche Beziehungen,
- werden immer mehr Menschen vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt, während die, die Arbeit haben, überlastet und ausgebeutet werden,
- beherrscht die Wirtschaft immer mehr die Politik, so dass die politischen Institutionen immer weniger in der Lage sind, die Krisen unserer Zeit zu lösen,
- werden die Naturschätze immer weiter ausgeplündert und das Ökosystem zunehmend aus dem Gleichgewicht gebracht,
- greifen Gewalt, internationaler Terror und neue Kriege weiter um sich.

Ein besonderer Skandal in unserem Land aber ist die schleichende Wiederkehr einer antidemokratischen, auf der Nazi-Ideologie basierenden rassistisch - politischen Strömung. Deren Vorgängerin hatte vor über 60 Jahren die grauenhaftesten Verbrechen und die massivste Zerstörung begangen, welche in der Geschichte bis dahin bekannt waren. Dass eine solche Strömung wieder eine Rolle in Deutschland spielen kann und mehr und mehr in die Mitte der Gesellschaft vordringt, ist vielleicht das alarmierendste Symptom unserer kranken Gesellschaft, die wieder versucht, Geschehenes zu verdrängen.

Diese Entwicklung ängstigt uns. Sie ist nicht zukunftsfähig. Sie treibt in eine Selbstzerstörung der menschlichen Zivilisation.

Damit können und werden wir uns nicht abfinden.

Deswegen hat sich vor einem knappen Jahr eine Gruppe von interessierten, engagierten Bürgerinnen und Bürgern zusammengefunden und beschlossen, sich auch in unserer Region den immer bedrohlicher werdenden Herausforderungen auch in unserer Region zustellen. Weil die politisch Verantwortlichen ihre Verantwortung nicht mehr angemessen oder überhaupt nicht wahrnehmen, ist es an der Zeit, dass wir uns selber direkt und unmittelbar um unsere eigenen Angelegenheiten kümmern. Daraus ist dann der Gedanke gewachsen, ein regionales Sozialforum durchzuführen, in dem es um Gerechtigkeit, Frieden und Umweltbewahrung gehen soll. Wenn wir auch in der Regel keine ausgewiesenen Fachexperten sind, so beanspruchen wir für uns doch die Kompetenz sachkundiger und betroffener Bürgerinnen und Bürger. Dabei ist diese Kompetenz durchaus auch mit solidem Wissen und wichtigen Erfahrungen untersetzt.

Wir wissen alle, dass die eben genannten Probleme so vielschichtig und mit- und ineinander verwoben sind, dass es für sie keine einfachen plakativen Lösungen gibt. Wer so tut, als gäbe es sie doch, der ist ein Demagoge, der Menschen vorsätzlich in die Irre führen will, um sein böses Spiel zu treiben.

Wir wollen uns heute in 5 verschiedenen Arbeitsgruppen einigen der genannten Herausforderungen

stellen, die wir auch in unserer Region in bedrückender Weise vorfinden.

Wie steht es um die Kommunen und ihre kommunale Selbstverwaltung?+

Was müssen engagierte Bürgerinnen und Bürger tun, damit ihre Stimme in den kommunalen Entscheidungsprozessen stärkeres Gewicht bekommt?

Welche Chancen haben Menschen, ein selbst bestimmtes Leben in Würde zu führen und was muss dafür getan werden?

Wie können wir die großen Vereinfacher und Demagogen der neu entstehenden rechten Szene erfolgreich entlarven und politisch neutralisieren?

Was können und müssen wir selber dafür tun und dazu beitragen, dass eine andere, eine bessere Welt möglich wird?

Wir werden heute sicher nicht über einen ersten Schritt bei der Lösung dieser Fragen und Probleme hinauskommen, aber es ist wichtig, dass wir diesen ersten Schritt mit aller Konsequenz gehen und dass wir uns verbindlich auf weitere Schritte verständigen.

Wir laden sie deswegen heute ein, sich mit uns gemeinsam auf die Suche nach neuen Wegen zu machen. Das wird uns nur gelingen, wenn wir uns zunächst den vorgegebenen Realitäten ohne Scheuklappen und ohne Schminke stellen, damit wir wissen, wo wir und unsere Region im Augenblick stehen. Je nüchterner und ideologiefreier das geschieht, umso größer ist für uns die Chance, brauchbare und weiterführende Lösungsvorschläge zu entwickeln.

Dabei werden wir nicht umhinkönnen, uns auch mit den Positionen der etablierten Parteien und Verwaltungen sowie der gesellschaftlichen und politischen Institutionen und Verbänden auseinander zu setzen.

Für die Bewertung der gegenwärtigen Verhältnisse bedarf es bestimmter Kriterien. Welche Kriterien für unsere Bewertung dabei maßgebend sein sollten, darüber haben wir in unserer Gruppe sehr intensiv gesprochen. Herausgekommen sind dabei folgende Grundwerte, die für uns unverzichtbar sind: Solidarität und Partizipation, Glaubwürdigkeit und Gewaltfreiheit, Frieden, Soziale Gerechtigkeit und Umweltbewahrung sowie Eigenverantwortung und Gleichberechtigung der Geschlechter.

Wie könnten wir in dieser anderen Welt, die möglich ist, heute schon beginnen zu leben?

Es wird wichtig sein, dass wir uns neu auf die wesentlichen Lebensinhalte besinnen. Dabei ist der Blick über unser kleines Europa hinaus von entscheidender Bedeutung, wenn wir denn die Solidarität mit anderen ernst nehmen wollen.

Für jeden Menschen weltweit sollte ausreichend zu essen und sauberes Wasser zu trinken da sein. Er sollte Kleidung haben und ein Dach über dem Kopf. Er sollte Spiritualität, Geborgenheit und Freundschaft erfahren können.

Er sollte den Mut und die Kraft aufbringen, auch in noch so prekären Verhältnissen nicht zu resignieren, sondern sich diesen Verhältnissen zu stellen und zu versuchen, sie mit anderen zusammen zu verwandeln nach dem Motto:

Alles muss klein beginnen, lass doch die Zeit verrinnen, alles muss wachsen und endlich, endlich ist es groß. Dabei wird es wichtig sein, neue Spielräume für das eigene Tun schaffen.

Wir werden deshalb gut daran tun,

- die vorhandenen politischen und gesellschaftlichen Instrumente zu erweitern und neue herzustellen,
- Netzwerke zu bilden,
- öffentliche Foren durchzuführen
- und den Sozialforumsprozess in unser Region intensiv weiterzuentwickeln.

Wann, wenn nicht jetzt. Wer, wenn nicht wir?

Schönen Dank.

Heiko Lietz

Protokoll des Workshops vom 22.07.05 in Erfurt: Die Entwicklung der lokalen Sozialforen – eine Zwischenbilanz

Anwesend waren knapp 70 Personen, darunter Sozialforen aus Bremen, Bochum, Wuppertal, Düsseldorf, Tübingen, Reutlingen, Freiburg, Bielefeld, Heidelberg, Nürnberg, München, Magdeburg und Berlin.

wir haben zunächst in I. die inhaltlichen Punkte/Fragen des Treffens protokolliert. In II. folgen die Kurzinfos der anwesenden Gruppen aus der Vorstellungsrunde

Alle unten erwähnten Gruppen sind hiermit aufgefordert, Ergänzungen, Richtigstellungen und Aktualisierungen zu ihren jeweiligen Gruppen uns zuzuschicken.

EINE BITTE: Bitte schickt dies nicht als 'return' der kompletten Datei, sondern als freigestellten Text zum jeweiligen Eintrag eurer Gruppe

Die Adresse hierfür ist: info@socialforum-berlin.org

I. Ergebnisse des Workshops

1. Gemeinsamkeiten, Unterschiede und offene Fragen

[Wir bitten Euch, - wie auch bei den Gruppen-Infos unter Punkt 2 - nicht beachtete Standpunkte zu ergänzen und aus der Veranstaltung übrig gebliebene Fragen zu stellen, die für den weiteren Verständigungsprozess wichtig sind.]

Gemeinsamkeiten:

Viele der Sozialforen haben sich in der Praxis zu einer Mischform aus Offenem Raum/ Plattform und Akteur entwickelt.

Mehrere teilen den Eindruck, dass Aktionen mehr Menschen in den Prozess einbinden

Blinde Flecken der meisten Sozialforen sind Initiativen/ Gruppen aus dem Kulturbereich und dem migrantischem Spektrum.

Auf die Dauer der Zeit haben fast alle Probleme, die Breite der beteiligten Akteure im Sozialforumsprozess zu erhalten.

Gemeinsam ist allen, dass sie an Bedeutung verloren haben, gesellschaftskritische Prozesse spürbar voranzutreiben.

Unterschiede:

Große Unterschiedlichkeiten haben die einzelnen Sozialforen in ihrer Zusammensetzung, aber auch in ihrer Ranghensweise: die einen sind nur Raum, die anderen eine Mischung aus Raum und Akteur und manche fast nur Akteur.

Offene Fragen:

- Wie kann politische Breite gefördert, gehalten bzw. wieder erlangt werden ohne zwangsläufig zuviel Macht- und Bündnispolitik betreiben zu müssen? Gibt es Beispiele erfolgreicher Strategien?
- Welche inhaltlichen und strategischen Optionen haben lokale Sozialforen, um die Sozialforumsbewegung lokal zu verankern und gleichzeitig den weltweiten Prozess zu befruchten?
- Was kann eine Vernetzung der lokalen Sozialforen von unten den einzelnen bringen?

2. Mögliche Entwicklungslinien

a) Ein erneutes Treffen

Die Willensbekundung am Ende der Veranstaltung in Erfurt, ein Folgetreffen anzugehen, hat die Unterstützung der Sozialforen aus Berlin, Bremen, xxx und Wuppertal.

Das vorläufige Angebot aus Bremen, ein solches Treffen zu organisieren, findet unsere Unterstützung. Aus unserer Sicht sollten bei einem Folgetreffen

b) Zudem wurde gewünscht, dass ein **Austausch über geplante Aktionen/ Veranstaltungen** stattfindet, um gute Ideen und Ansätze allen zugänglich zu machen. Auch eine Zugänglichkeit der Auswertungsergebnisse von Aktionen/ Veranstaltungen könnte hilfreich sein.

II: Kurzinfos der anwesenden Gruppen aus der Vorstellungsrunde

[Unsere Mitschriften bzw. Erinnerungen haben Informationen zu folgenden Kategorien beinhaltet: Name und Bestehen, Beteiligte Akteure/ Spektren, Selbstverständnis und Arbeitsorganisation und Entwicklung. Wir haben das jetzt, soweit wie vergleichbar, zusammengefasst und bitten Euch, die Angaben zu ergänzen, verbessern oder formalisieren.]

Name und Bestehen: Initiative für ein Berliner Sozialforum, gegründet Anfang 2003

Beteiligte Akteure/ Spektren: VertreterInnen aus dem Erwerbslosenspektrum, linke Gewerkschafter, attac, einige aus dem linksradikalen/autonomen Spektrum, Initiative gegen den Bankenskandal und viele Einzelpersonen. Über Projekte gibt es Kooperationen mit gewerkschaftlichen Erwerbslosenausschüssen, AG Leben mit Obdachlosen und der Kirche.

Plan eines „Sozialen Zentrum“ wurde zunächst wegen Undurchführbarkeit auf Eis gelegt.

Selbstverständnis und Arbeitsorganisation: monatliches Plenum, von Offener Koordinierung vorbereitet. Mehrere Arbeitsgruppen. Versuch, spektrumsübergreifend theoretische wie lokalpolitisch-praktische Opposition gegen die Zerschlagung öffentlicher Infrastruktur, sowie eine anti-neoliberale 'Repolitisierung des Sozialen' zu stärken.

Entwicklung: einer Phase der Reduktion der politischen 'Breite' neue Versuche – einerseits über Konferenzen/Veranstaltungen, andererseits über konkrete Kampagnen/Aktivitäten – Spektren zusammenzubringen, die sonst nicht gemeinsam diskutieren.

Name und Bestehen: Wuppertaler Sozialforum, Nach Porto Alegre hat sich das SF gegründet

Beteiligte Akteure/ Spektren: Autonome, Prekäre, Vollbeschäftigte, Gewerkschafter, Christen und NGO's wie attac und das Nicaragua-Büro.

Selbstverständnis und Arbeitsorganisation:, Soziale Foren können nicht Sachen ersetzen, sondern eher nur Katalysatoren sein

Arbeitsschwerpunkte: gegen Hartz IV, Aufklärungsveranstaltungen zu den 1-Euro-Jobs, Agenturschluss, eigene Zeitung, Bürgerbegehren gegen Stadtanierungsvorhaben.

Entwicklung: Breite erhalten und versuchen, selbst in die Medien zu kommen oder eigene Medien zu erstellen, wie sie es machen

Sie haben Kontakt zu anderen SF im Ruhrpott und kommen z.B. auf deren Veranstaltungen.

Name und Bestehen: Nürnberg: Das SF besteht seit ca. 1 Jahr

Beteiligte Akteure/ Spektren: OA (eher autonom), attac, Friedensforum, linke Christen und Gewerkschafter.

Selbstverständnis und Arbeitsorganisation: Erstellung einer Plattform,

Arbeitsschwerpunkte: Sie trugen die Hauptlast bei der Demo am 6.11.04 und die Montagsdemos waren ebenfalls eine Herausforderung für sie

Entwicklung: Es ist in Nürnberg seit 25 Jahren die positivste Form der Zusammenarbeit: Diffenzen können auch mal stehen gelassen werden. Es gab einen Bruch: die MLPD hatten die Montagsdemos übernommen, sie existieren jetzt nicht mehr.

Ihre Ziele: Katalysator zu sein und sie wollen noch folgende Gruppen erreichen: von Armut Betroffene, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände, dies ist ihnen bisher nur in Ansätzen gelungen und da nur linke ver.di-Menschen. Nicht gelungen ist es ihnen, mit dem DGB und der IG-Metall auf gleicher Augenhöhe zu operieren und Betroffene mit einzubeziehen.

Beim letzten Strategietag trafen sich 50 Leute. Sie wollen sich stärker im lokalen engagieren und im März

2006 machen sie ein Symposium zu Armut und Reichtum.

Name und Bestehen:Magdeburg: Gegründet 2004

Beteiligte Akteure/ Spektren:es sind große wie auch kleine Organisationen vertreten

Selbstverständnis und Arbeitsorganisation: Ihr Ziel: sozialer Widerstand im Globalisierungsprozeß zu organisieren, Ablehnung gegenüber allen Parteien, im Eine-Welt-Haus ist ihr Treffpunkt

Arbeitsschwerpunkte: Der Gründungsakt verlief zum einen als Aktion (1 Stunde wurde das Zentrum lahmgelegt) und dann als Gründungstreffen im Stadtpark. Sie gingen über Veranstaltungen mit ihren Inhalten nach außen. Ihr neues Betätigungsfeld ist der Haushalt von Magdeburg. Ziel: partizipativen Haushalt zu erreichen

Entwicklung: Beim Fokus auf den Sozialabbau sind die Wohlfahrtsverbände weggeblieben, ver.di und DGB blieben hingegen. Bruch über Montagsdemos. Im Moment ist Neuaufbau angesagt.

Name und Bestehen: Bochum, In einer Tagesveranstaltung vor dem 1.11. 03 gab es die Gründung.

Beteiligte Akteure/ Spektren: Vor 2 Jahren hat ein kleiner Kreis, angelegt an Porto Alegre, eine Plattform erarbeitet und auf die lokale Ebene runtergebrochen

Selbstverständnis und Arbeitsorganisation: treffen sich monatlich und machen einzelne Veranstaltungen

Arbeitsschwerpunkte: Seit einem halben Jahr gibt es ein soziales Zentrum, in dem jetzt auch eine Sozialberatung läuft.

Entwicklung: Es war ihnen nicht gelungen, verschiedene Gruppen wie z.B. Unileute, mit einzubeziehen. Die Vielfältigkeit zu erhalten war schwierig, Leute, die Antworten haben wollten, sind in die Parteien SPD und DKP rein.

Name und Bestehen:Heidelberg, Existiert seit 2004

Beteiligte Akteure/ Spektren:

Selbstverständnis und Arbeitsorganisation: Ihr Ziel ist die regelmäßige Vernetzung.

Arbeitsschwerpunkte: Bisher fanden seit Wochenenden statt, 1x im Monat kochen mit Flüchtlingen in einem der Heime, Angepeilt ist deine Freiraumzurückeroberungsgeschichte in der Innenstadt, um im Alltag öffentlichen Raum zurück zu erobern.

Entwicklung: Anfangs gab es viele Gruppen, heute ist das SF abgeflaut.

Name und Bestehen: Sozialforum Reutlingen, Gründung am 1.5.04 als Bündnis gegen Sozialabbau

Beteiligte Akteure/ Spektren: attac, IG Metall, DGB, ver.di, Christen, Einzelgruppen (25-30 Leute).

Selbstverständnis und Arbeitsorganisation: Es wird seit Monaten eine Plattform erarbeitet und muss bis Ende des Jahres fertig werden

Arbeitsschwerpunkte: sie haben Veranstaltungen zu den 1-Euro-Jobs gemacht.

Entwicklung: Sie sind noch nicht wirklich in der Öffentlichkeit angekommen. Außerdem Ihr Ziel ist: Forum für Vorträge und Seminare zu sein.

Name und Bestehen: Sozialforum Bielefeld, haben vor 2 Jahren angefangen, Sie haben sich Anfang 2005 gegründet

Beteiligte Akteure/ Spektren: NGO's, Soltauer Kreis (kritische TherapeutInnen), DIDIF, attac, Naturfreunde, Frauengruppe und Einzelpersonen aus Parteien

Selbstverständnis und Arbeitsorganisation: mit einer Charta wie Porto Alegre

Arbeitsschwerpunkte: Sie sind mit vielen Aktivitäten zu öff. Nahverkehr, zu hartz IV und mit Veranstaltungen an die Öffentlichkeit getreten. Sie haben das gefühl, etwas aktionistisch zu sein.

Entwicklung: Es brauchte zeit, um einen Konsens zu schaffen. Mensch kann allerdings durch das entstandene vertrauen mehr diskutieren. Ihr **Ziel ist:** lokale Politik mitzustrukturieren, v.a. gegen Sozialabbau. Sie verhandeln mit dem Arbeitsamt und der Stadt über Alternativen zu den 1-Euro-Jobs, sie

wollen diese abschaffen

Name und Bestehen: Gruppe Agenda 21 Berlin-Köpenick, Existieren seit 12 Jahren

Beteiligte Akteure/ Spektren:

Selbstverständnis und Arbeitsorganisation: Sie sind eine eigenständige zivile Struktur, es arbeiten 22 Leute in einem 1-Euro-Job dadrin, sie bilden Pools, aus denen realistisch was entstehen kann.

Arbeitsschwerpunkte: Sie haben innerhalb von 2 Jahren einen interkulturellen Garten geschaffen und das noch in der Nähe der NPD-Zentrale.

Entwicklung: soziale, Friedens- und Ausländerfragen einer Kommune sind in den Prozeß mit eingeflossen. Ihr Ziel ist, selbst was in die Hand zu nehmen und neue Modelle entwickeln.

Name und Bestehen: Sozialforum München

Beteiligte Akteure/ Spektren:

Selbstverständnis und Arbeitsorganisation:

Arbeitsschwerpunkte: es gab eine Aktionswoche, an der sich 40 Gruppen an 15 Veranstaltungen mit hoher Präsenz in der Stadt, beteiligt hatten. Letztes Jahr haben sie über 2 Wochen lang Veranstaltungen gemacht, teilweise reine Selbstdarstellung

Entwicklung: Vor 2 Jahren gab es durch Aktivitäten Aufschwung, jetzt gibt es insgesamt in der Stadt kaum noch was und das wirkt sich auf das SF aus. Der Raum soll erhalten bleiben, Aktionen müssen die unterschiedlichen Gruppen machen.

Name und Bestehen: Sozialforum Tübingen, nach Genua 2002

Beteiligte Akteure/ Spektren:

Selbstverständnis und Arbeitsorganisation:

Arbeitsschwerpunkte: AG's zur EU, zu Prekarisierung, Aktionstage gegen Kürzungen von Projekten

Entwicklung: eingeschlafen, als Hartz IV aufkam

Name und Bestehen: Düsseldorfer Sozialforum

Beteiligte Akteure/ Spektren: Spaltung von attac

Selbstverständnis und Arbeitsorganisation: Das Problem ist einerseits, Raum für Bewegung zu sein und andererseits gleichzeitig in der Bewegung zu arbeiten.

Arbeitsschwerpunkte:

Entwicklung: Prozess der Breite hatte nicht funktioniert, durch die Linkspartei kriegt das SF wieder mehr Raum, bei Aktionen kommen andere als beim Raumkonzept

Name und Bestehen: Bremer Sozialforum

Beteiligte Akteure/ Spektren: hauptsächlich attac und ver.di, 67 Organisationen

Selbstverständnis und Arbeitsorganisation: ein jährliches Event mit 400-500 Leuten, eine Vorbereitungsgruppe dafür (offener Raum, nicht Akteur!)

Arbeitsschwerpunkte: das jährliche Forum

Entwicklung:

Name und Bestehen: Freiburg Sozialforum, gegründet nach Florenz 2003

Beteiligte Akteure/ Spektren: hauptsächlich aus attac

Selbstverständnis und Arbeitsorganisation: lokale Gruppen zu präsentieren und zu vernetzen, verstehen sich als Raum

Arbeitsschwerpunkte: Frühjahr 2004 ein SF mit allen sozial engagierten gruppen (40), es waren über 500 TeilnehmerInnen da mit über 150 Veranstaltungen war es ein großes Treffen

Entwicklung: nach 3 Monaten war ihr Projekt gescheitert und nun ist Ruhe

Towards an Set of Activities in ESF2006 named “**Local social forums: Experiences on how to deal with global problems making positive changes at the local level**”

This text is meant to be an outreach / Identifying text for a Set of activities in ESF2006 where various activities organized by entities interested in local forum processes would self-gather - an activity can be part of various such sets. This text was drafted on occasion of EU Local Social Forums participants network meeting by Vienna EPA

Please anyone interested to relate their activity in this projected Set of Activities (*3) contact the EULSFpn list at the contact address below

We are participants of local social forums all over Europe, and we may also be members of entities, (groups, associations, networks, movements,....) involved in, or interested in local social forum processes.

We are going to ESF2006 in Athens to exchange experiences and ideas on how to work for positive changes in the local environment in which we all live our daily lives.

We feel that local social forums are the spaces and tools to interconnect our social and political activities and struggles and give local answers to global problems.

We aim to spread the common idea of the local social forum as a horizontal democratic and inclusive tool for building and strengthening the position of, and cooperation between, the diverse collective entities and individuals active at the local level.

Considering this diversity amongst ourselves and the forums we are participating in, we are going to integrate some of the activities that we hold at ESF2006 in this set, building our presence in an open and inclusive way.

We will organize two participatory meetings involving the EULSFpn – European Local Social Forums participant network(*1), and all other entities participating in the Set of activities:

- 1 – Experiences about how to organize a local social forum
- 2- Role and future of Local social forums in the context of the social forum process at different levels.

We intend to have a third activity : We would also take part in an open space (*2) called “Local forums/Urban space” (with a café !) associated with Thematic Area 17 (Local mobilizations/ Urban politics) by organizing there exhibitions, contact panel , informal meetings, information table, etc during all of ESF2006 event.....

We understand that all decisions regarding :

- 1 - participation and integration of activities in this set,
 - 2 - preparation of the three common activities listed above,
 - 3 - issuing a text at the end of the common participatory workshop,
- are a matter of consensus, publicly formed on EULSF participant network working list.

Address of this working list is eulsf@lists.riseup (to subscribe : eulsf-subscribe@lists.riseup.net)

This list can also be contacted at eulsfinfo@lists.riseup

1) **EULSFpn** has been founded in London ESF. **Its reference text is**

We are a group of participants to local social forums all over Europe, who are starting networking between local social forums in Europe. The purpose of the network is to get to know each other, learn from each other, build up memories, exchange experiences on operating practices and processes, and on activities taking place in local social forums. During ESF2004 we met, had a seminar , had workshops and an open space. We intend to carry on working together in an open and horizontal way, using eulsf@lists.riseup.net email list, and having workshops during the European Preparatory meetings

signed : local social forum participants network (list of participants names and indication of their local social forum)

2) There is an discussion on this **topic of “open spaces”** that has to be solved in on ESF list and Frankfurt EPA. May be for various reasons there will not be “spatially homogeneous” thematic areas in Athens 2006 event , but there can be a series of identified permanent “open spaces activities” co organized by broad gatherings of organisations. How many such activities can there physically be, and how are they attributed and merged remains to be discussed. As local fora are strategic for ESF enlargement, EULSFpn and partners in this set of activities related to local social forums expect to be entrusted to run part of such a space in ESF2006 , as was done in London and Paris ESF

3-(relationship to a Set of activities can be announced in any activity on the workspace site (see part 3 of activity declaration form - that is entered by clicking on "add activities" or "edit activities" in the left side menu after entering the workspace site workspace.fse-esf.org as “prime contact ” of an “organization ”)

Wenn Europa jedoch wirklich etwas Neuartiges sein will, eine Idee, hinter der alle europäischen Völker stehen, dann muss es zuallererst in Sachen Demokratie Innovationsgeist zeigen. – Bernard Cassen

Aufruf

zur Bildung *Regionaler Euroforen* für ein Europa von unten

In den Referenden in Frankreich und den Niederlanden wurde ein EU-Verfassungsvertrag abgelehnt, der Demokratiemangel, Neoliberalismus und Aufrüstung in Europa auf Jahrzehnte hinaus festgeschrieben hätte und der nahezu ohne die Beteiligung der Bürger Europas von einem Konvent der politischen Eliten ausgearbeitet wurde. Damit ist der Ratifizierungsprozess gescheitert.

Nach diesem Scheitern müssen die Bürger Europas ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen. Schon vorher war es den sozialen Bewegungen in Europa wichtig, sich – wie im Europäischen Sozialforum – zu vernetzen. Der Erfolg des Widerstandes in Frankreich und in den Niederlanden hat gezeigt, dass die europäische Zusammenarbeit von unten erfolgreich ist und weiter verstärkt werden muss.

Dazu rufen wir alle Gruppen aus globalisierungskritischen, ökologischen, friedenspolitischen, kirchlichen, entwicklungspolitischen, gewerkschaftlichen, künstlerischen und anderen Zusammenhängen auf, die die Idee eines demokratischen, sozial gerechten, friedlichen und ökologischen Europa teilen und voranbringen wollen.

Wir wollen **Regionale Euroforen** („*Ateliers de Participation*“) schaffen, in denen europaweit an vielen Orten in regionalen Initiativen gemeinsame Entwürfe für die Zukunft Europas entwickelt werden.

In *Regionalen Euroforen* gestalten wir Europa *von unten*. Damit leisten wir Beiträge zu einem europaweiten Prozess, bei dem als Abschluss die Ergebnisse von Euroforen aus den Regionen verschiedener Länder zusammengeführt werden. Ziel ist es, eine Strategie für Europa als Alternative zur neoliberalen *Strategie von Lissabon* zu entwickeln.

Wir rufen die regionalen Gruppen der sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Attac, Initiativen und Kampagnen auf, sich lokal und regional zusammenzuschließen, ihre Vorstellungen über ein anderes Europa zu diskutieren und zu formulieren. Hierbei schlagen wir vor, Kontakt zu Partnern, befreundeten Organisationen, etc. in Europa aufzunehmen, sowie die vorhandenen Städtepartnerschaften zu Treffen der Bewegungen zu nutzen und aufzubauen.

Die *Regionalen Euroforen* sollen aus einem offenen und selbstbestimmten Prozess entstehen. Um einen überregionalen Austausch zu ermöglichen, schlagen wir folgende Themenschwerpunkte vor:

- **Demokratie** – Gestaltung demokratischer Verfahren innerhalb der EU, Partizipation, Global Governance;
- **Soziales, Arbeit und Wirtschaft** – Auswirkungen der „Lissabon-Strategie“ der EU-Kommission auf die nationalen Wirtschafts- und Sozialräume, Austausch über soziale Abwehrkämpfe und Modelle, Alternativen für eine andere Sicherung der BürgerInnen (Bürgerversicherung, Grundeinkommen, etc.);
- **Frieden** – Rolle der EU weltweit, die militärischen Strategien in der EU (EVS, GASP, etc.);
- **Ökologie** – regenerative Energien, Reduktion von CO₂, Reduktion von umweltbelastenden Stoffen, Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs, GMO;
- **Europa und der Weltmarkt** – Rolle der EU in der WTO, Austausch über GATS, TRIPS, die Privatisierung öffentlicher Dienste und Güter, die Verträge Europas mit dem Süden.

Ein anderes Europa ist möglich!

Fulda, den 3. September 2005

Die TeilnehmerInnen des Vernetzungstreffens für Regionale Euroforen

Prozess der Regionalen Euroforen

Die Arbeit der Regionalen Euroforen geschieht in einem offenen, selbstbestimmten Prozess. In dem Sinne schlagen wir Schritte vor, durch die dieser Prozess gestaltet werden kann; wir wollen ihn aber nicht festlegen. Die beteiligten Akteure entscheiden in ihrer Region gemeinsam, wie sie den Prozess gestalten wollen.

Ziel ist es, die sozialen Bewegungen zu einem europäischen Akteur zu entwickeln und eine funktionierende europäische Vernetzung unterhalb der jeweils nationalen Ebene aufzubauen. Das geschieht vorrangig über die praktische Kooperation entlang konkreter Projekte.

Wir schlagen dabei vor, die Euroforen – auf allen Ebenen – unter dem Dach der Sozialforen durchzuführen. Regional innerhalb der lokalen Sozialforen, überregional vernetzt im Deutschen Sozialforum und im Europäischen Sozialforum.

Für alle Themen steht eine umfassende Kompetenz unterschiedlicher Gruppen zur Verfügung, die sich seit Jahren mit den Themen auseinandersetzen. Wir wollen erreichen, dass diese Kompetenz in die Diskussionen und Ergebnisse einfließt.

Regionale Vernetzung

Aufgrund des regionalen Charakters werden dies vor allem Initiativen aus der jeweiligen Region sein. Wünschenswert ist es, dabei regionale Cluster zu bilden, d.h. Sozialforen und soziale Initiativen innerhalb einer Region miteinander zu vernetzen und gemeinsam zu arbeiten. Insbesondere in Grenzregionen sollte das auch grenzüberschreitend geschehen.

Europaweite Vernetzung

Über die regionale Vernetzung hinaus streben wir eine europaweite Vernetzung zwischen den Regionen an. Als Anknüpfungspunkte bieten sich dabei die Partnerstädte an, es können dabei aber alle bestehenden Kontakte genutzt werden, beispielsweise persönliche Bekanntschaften der beteiligten Akteure.

Weitere Unterstützung des Prozesses

Der Prozess der Regionalen Euroforen kann in vielfältiger Weise unterstützt werden. Alle Beteiligten sind aufgefordert, Ideen einzubringen und umzusetzen. Als Anregung schlagen wir vor,

- an kooperative Bildungsträger (VHS, Arbeit & Leben, etc.) heranzutreten, damit diese beispielsweise Sprachkurse verbunden mit politischer Bildung anbieten;
- ein „Haus der sozialen Bewegungen Europas“ in Brüssel sowie Straßburg einzurichten, in denen sich die Initiativen für ein Europa von unten treffen und austauschen können. Dies sollte vergleichbar mit dem „Haus der Demokratie“ in Berlin sein.

Schritte

Notwendig ist ein inhaltlich substantielles Ergebnis, das die Vorstellungen der Beteiligten in den Regionalen Euroforen zu den einzelnen Themengebieten benennt und beschreibt. Dabei sollte sowohl der Konsens innerhalb der einzelnen Foren als auch der Dissenz festgehalten werden. Als Muster für ein mögliches Ergebnis könnte das *AWWO-Papier* von Attac Deutschland verwendet werden, in dem ebenfalls gemeinsame und abweichende Positionen benannt sind.

Als einzelne Schritte dahin auf regionaler Ebene wäre folgendes Vorgehen denkbar:

- Initiales Treffen („Kick-Off“), bei dem sich die Gruppen treffen und das gemeinsame Vorgehen und die Beiträge der einzelnen Beteiligten festlegen.
- Einzelveranstaltungen zu thematischen Schwerpunkten, bei denen inhaltlicher Input geliefert und das jeweilige Thema diskutiert wird.
- Regelmäßige Plena als „Jour-Fixes“, in denen die einzelnen Positionen weiterentwickelt werden.
- Ein- bis zweitägige Veranstaltungen auf regionaler Ebene, auf dem die zuvor erarbeiteten Ergebnisse weiter diskutiert und konsolidiert werden.

Auch hier gilt der Grundsatz, dass jedes Euroforum seine Ergebnisse selbst festlegt.

Überregionale Termine

Wir schlagen vor, das Projekt „Europa von unten“ in bundesweiten und europäischen Zusammenhängen weiter zu verbreiten und weitere UnterstützerInnen zu gewinnen:

Aktivität	Termin
Vorbereitungstreffen des Europäischen Sozialforums in Istanbul	23.-25. September 2005
Aktions- und Strategiekonferenz	19.-20. November 2005
Ratschlag der Friedensgruppen in Deutschland	3.-4. Dezember 2005
Zentraler europäischer Attac-Konvent parallel zu Wintergipfel (Europäischer Rat) der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel	15. Dezember 2005
Europaweiter dezentraler Aktionstag der Euroforen	4. März 2006
Europäisches Sozialforum in Athen	1. -9. April 2006

V.i.S.d.P.: Attac Deutschland, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt am Main

Weblinks & weitere Infos

Verzeichnis der lokalen Sozialforen in Deutschland

<http://www.lokale-sozialforen.de> orga@lokale-sozialforen.de

Von Porto Alegre nach Berlin. Lokale Sozialforen in Deutschland
<http://www.dsf-gsf.org/meldungen/rdsf.2005/>

Mailingliste der lokalen Sozialforen

in Deutschland: regio-sf@lists.riseup.net

in Europa: <http://lists.riseup.net/www/info/eulsf>

Socialforum Berlin

www.sozialforum-berlin.de

Produktives Missverständnis. Eine Zwischenbilanz der Berliner Sozialforumsinitiative

<http://www.buko.info/kongress/buko27/texte/ak481.rtf>

Sozialforum Bochum

www.kolabor.de/sozialforum

Sozialforum Bremen

www.bremer-sozialforum.de

Sozialforum Dortmund

www.free.de/FREE/projects/sofodo

Sozialforum Mainz

<http://www.sozialforum-mainz.de>

Sozialforum Saar

<http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sozialforum-saar/>

Forum für soziale Gerechtigkeit Schweinfurt

<http://www.nachrichten-aus-hassfurt.de/>

Wuppertaler Sozialforum

www.w-forum.org

Sozialforum in Deutschland

<http://www.sfid.info>

Europäisches Sozialforum

<http://www.fse-esf.org/>

Weltsozialforum

<http://www.forumsocialmundial.org.br/> www.wsf2006.org www.weltsozialforum.org

